tifs–Schriftenreihe
Gender– und diversitätsbewusste Theorie und Praxis

Verständigung und Konflikt — Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken

Dokumentation der tifs–Tagung
14.–15.10.2021 in Bad Urach

Forschungsinstitut tifs

Impressum:

tifs-Schriftenreihe
Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis 2022, Nr. 4,
Erscheinungsdatum: Mai 2022 (Online-Veröffentlichung),
ISSN 12364-365X

Herausgeberin:
Forschungsinstitut tifs e.V.
Rümelinstr. 2
72070 Tübingen

Layout: Fanny Kranz
Lektorat: Sabine Maier
Zeichnungen/Graphic Recodings: Sanne Pawelzyk

Zitiervorschlag:
Forschungsinstitut tifs e.V. (Hrsg.) 2022: Verständigung und Konflikt — Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken. Dokumentation der tifs-Tagung 14.-15.10.2021 in Bad Urach. Tübingen: Schriftenreihe des Forschungsinstituts tifs e.V., Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis 2022, Nr. 4

www.tifs.de

tifs-Schriftenreihe
Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis

Verständigung und Konflikt — Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken

Dokumentation der tifs-Tagung
14.-15.10.2021 in Bad Urach

in Kooperation
mit der Landeszentrale für
politische Bildung
Baden-Württemberg

Finanziert aus Landesmitteln,
die der Landtag Baden-Württemberg
beschlossen hat.

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Inhalt

Grußwort Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachbereich Frauen und Politik [02]
BEA DÖRR

Grußwort Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Referat 25 (Gleichstellung) [04]
JOANNA FULDE

„Verständigung und Konflikt. Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken“ [06]

Kooperationen in der Gleichstellungspolitik zwischen Erfolg und Kompromiss [14]
BARBARA STIEGLER

Intersektionale Solidaritäten in Zeiten einer erhöhten Vulnerabilität [22]
MAISHA M. AUMA

Queerfeminismus, queerer Feminismus oder Queer vs. Feminismus? Über Streitpunkte, Gemeinsamkeiten und Spannungsfelder von Feminismus und queerem Aktivismus [28]
JESSICA WAGNER

Perspektiven der Teilnehmer*innen zu einer feministischen Debattenkultur von Verständigung und Konflikt [38]

Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs [52]
BINI ADAMCZAK

Anhang: [58]
Gleichstellung in Baden-Württemberg weiterdenken und implementieren – Brief an die Landesregierung Baden-Württemberg

Referent*innen [62]

Tifs-Aktive [64]

Appendix [66]

Grußwort
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachbereich Frauen und Politik

BEA DÖRR

Seit 1994 setzt tifs e.V., das Tübinger Institut für gender- und diversitätsbewusste Sozialforschung und Praxis, wichtige Impulse in gesellschaftlichen Debatten. Dass die Tübinger Forscher*innen aktuelle Theoriediskussionen stets auf der Folie konkreter Praxisentwicklungen und politischer Diskursvorgaben führen, erleben (nicht nur) Praktiker*innen der Gleichstellungs- oder gender-sensiblen Bildungsarbeit als großen Gewinn.

Dem Fachbereich Frauen und Politik der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ist es deshalb eine große Freude, schon zum vierten Mal in der LpB-Tagungsstätte „Haus auf der Alb“ in Bad Urach Gastgeberin einer tifs-Tagung sein zu können.

Die Titel der vergangenen Uracher tifs-Tagungen zeigen, welch enorme Entwicklungen und Ausdifferenzierungen Gender-Theorie(n) und -Praxis im Lauf der letzten 25 Jahre genommen haben. Und sie wirken wie ein Spiegel je aktueller frauen- und gender-politischer Diskurse.

- „Den Wechsel im Blick“ hatten die Tagungsteilnehmer*innen 1996 auf der Suche nach Verständigungsprozessen in einer praxisorientierten Frauenforschung.

- Im Jahr 2005 ging es dann bereits um „Gender-Forschung im Praxisbezug“, um die Gender Mainstreaming-Strategie und Wechselwirkungen von Geschlechterverhältnissen und sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen.

- „Gender und Diversity in Theorie und Praxis“ lautete 2014 das Tagungsmotto. Der Fokus lag damit auf zwei forschungs- und handlungsrelevanten Kategorien, die noch wenige Jahre zuvor kaum im gesellschaftlichen Blick aufschienen.

Eine erneute Hinwendung zu brisanten und überaus stark diskutierten Themen beweisen die tifs-Aktiven mit der diesjährigen Tagung „Verständigung und Konflikt. Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken“.

Nicht nur die gender- und diversitätsorientierte Forschung steht in Zeiten von Antifeminismus und Rechtspopulismus, von Identitätspolitik und Intersektionalität vor großen Herausforderungen. Auch der politischen Bildung in Baden-Württemberg steht es gut an, gesellschaftliche Stereotypen, Normen und die Verwobenheit von Ungleichheitsstrukturen wie Rassismus, Sexismus oder Klassismus in den Blick zu nehmen. Und wie im gesellschaftlichen Mainstream sind auch hier die Beharrungskräfte groß. Vor diesem Hintergrund freut es mich ganz besonders, dass mit der tifs-Tagung genau dieses Thema nun auch in der Landeszentrale für politische Bildung aufscheint und für Aufmerksamkeit sorgen wird.

Die Fachtagung möchte unterschiedlichen Perspektiven von feministisch und gleichstellungspolitisch Aktiven in Forschung, Praxis und Politik — in Institutionen, Projekten und Bewegungen — einen Raum geben. Aktuelle Entwicklungen, insbesondere die theoretischen Diskurse und politischen Entwicklungen der letzten Jahre und die sichtbar werdenden Konfliktlinien sollen ebenso wie Verständigungsansätze in feministischen und gleichstellungsbezogenen Politiken aufgegriffen werden.

2021 — im Jahr zwei der Corona-Pandemie — wird bei der tifs-Tagung manches anders sein als gewohnt. Aber sie findet statt und sie kann hoffentlich den Kommunikations- und Diskursraum bieten, den viele derzeit schmerzlich vermissen.

Danke deshalb an alle Teilnehmer*innen und Referent*innen, die sich trotz mancher Hindernisse auf den Weg nach Bad Urach gemacht haben oder sich digital zuschalten!

Danke dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg für die Unterstützung der Tagung — erst damit konnte das bunte und profunde Programm realisiert werden.

Und vor allem ein großes Dankeschön an die tifs-Aktiven Prof. Dr. Maria Bitzan, Dr. Gerrit Kaschuba, Sabine Maier, Prof. Dr. Barbara Stauber und Bettina Staudenmeyer. Danke für die Idee zur Tagung, die überzeugende Konzeption, für Energie, Kreativität, Biss und Zähigkeit — nicht nur im Vorfeld der Uracher Tagung!

Auf gute weitere Kooperation(en) — die wunderbarerweise für mich ja immer auch damit verknüpft sind, unmittelbar an der tifs-Expertise teilhaben zu dürfen.

Grußwort Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Referat 25 (Gleichstellung)

JOANNA FULDE

Liebe Frauen, liebe Tagungsteilnehmer*innen,

die Leitfragen für unseren Beitrag bei Ihrer Tagung sind folgende:

- „Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf Gleichstellungsthemen?“
- „Welche Aufgaben ergeben sich für uns aus dem aktuellen bzw. neuen Koalitionsvertrag?“
- „Worauf können wir gleichstellungspolitisch aufbauen?“

Zunächst möchte ich ein paar Worte zur Verbindung des Ministeriums mit dem Forschungsinstitut tifs sagen. Über viele Jahre war das tifs Mitglied und treibende Kraft im Fachbeirat Gender Mainstreaming — der leider in den letzten Jahren immer weniger tagte und schließlich vor zwei Jahren eingestellt wurde. Das tifs schafft den Spagat von wissenschaftlichen Analysen zur konkreten geschlechtersensiblen und intersektionalen Theorie- und Praxisvermittlung. Dieser Blick ist auch für uns in der Verwaltung sehr hilfreich und wertvoll.

Um ein Beispiel zu nennen: Eine 2017 veröffentlichte Studie zur Situation LSBTTIQ-Jugendlicher in der Jugendarbeit verdeutlichte, dass die Jugendarbeit immense Nachholbedarfe in Sensibilisierung und Aufmerksamkeit für LSBTTIQ-Jugendliche hatte. Inzwischen ist die Situation zumindest in Teilen sehr viel besser, vor allem auch dank des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg und der LAG Mädchen-*politik, die zusammen mit dem tifs für mehr Vielfalt und Diversitätsbewusstsein in der Jugendarbeit sorgen.

Selbstverständlich hat die Corona-Pandemie in den letzten anderthalb, zwei Jahren auch ihre Spuren bei den Gleichstellungsthemen hinterlassen, und die Arbeit im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration stand stets unter dem Schatten der Pandemiebekämpfung. Viele Themen sind aufgrund dessen schlicht in den Hintergrund gerückt. Trotz dieser Umstände hat die Pandemie gerade im Bereich der Geschlechterfragen auch manche Defizite wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht und uns gezeigt, welche Aspekte beispielsweise in Betreuungsaufgaben oder dem Familienleben allgemein noch intensiver betrachtet und welche Probleme noch konsequenter angegangen werden müssen.

Im aktuellen Koalitionsvertrag lässt sich eine Vielzahl an Themen mit Bezug zu Gleichstellung und Frauenpolitik identifizieren. Ich möchte drei davon herausgreifen:

Im Gewaltschutzbereich haben wir bereits in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht: zum einen, was die finanzielle Unterstützung durch Haushaltsmittel angeht, zum anderen durch eine Stabilisierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser wie auch eine Professionalisierung der Fachberatungsstellen. Dabei kommen laufend neue Themen auf uns zu, wie die sogenannte verfahrensunabhängige Spurensicherung nach Vergewaltigung oder anderen Gewaltdelikten oder digitale Gewaltformen als Ergänzung und Verstärkung geschlechtsspezifischer Gewalt auf Onlineportalen oder sozialen Medien.

Auch in den Arbeitsbereichen der Gleichstellungsbeauftragten des Landes und der Kommunen sollen die Strukturen und Rahmenbedingungen über die Evaluation des Chancengleichheitsgesetzes und einer neuen Vernetzungsstelle weiter verbessert werden.

Unter dem Punkt „Gleichstellung weiter voranbringen“ wurde im aktuellen Koalitionsvertrag die Entwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg festgeschrieben. So soll „die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen“ weiter gefördert werden. Eine Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg ließe sich von den 2020 in der EU und im Bund veröffentlichten Gleichstellungsstrategien ableiten und programmatisch fortschreiben bzw. auf die unterschiedlichen Ebenen adaptieren.

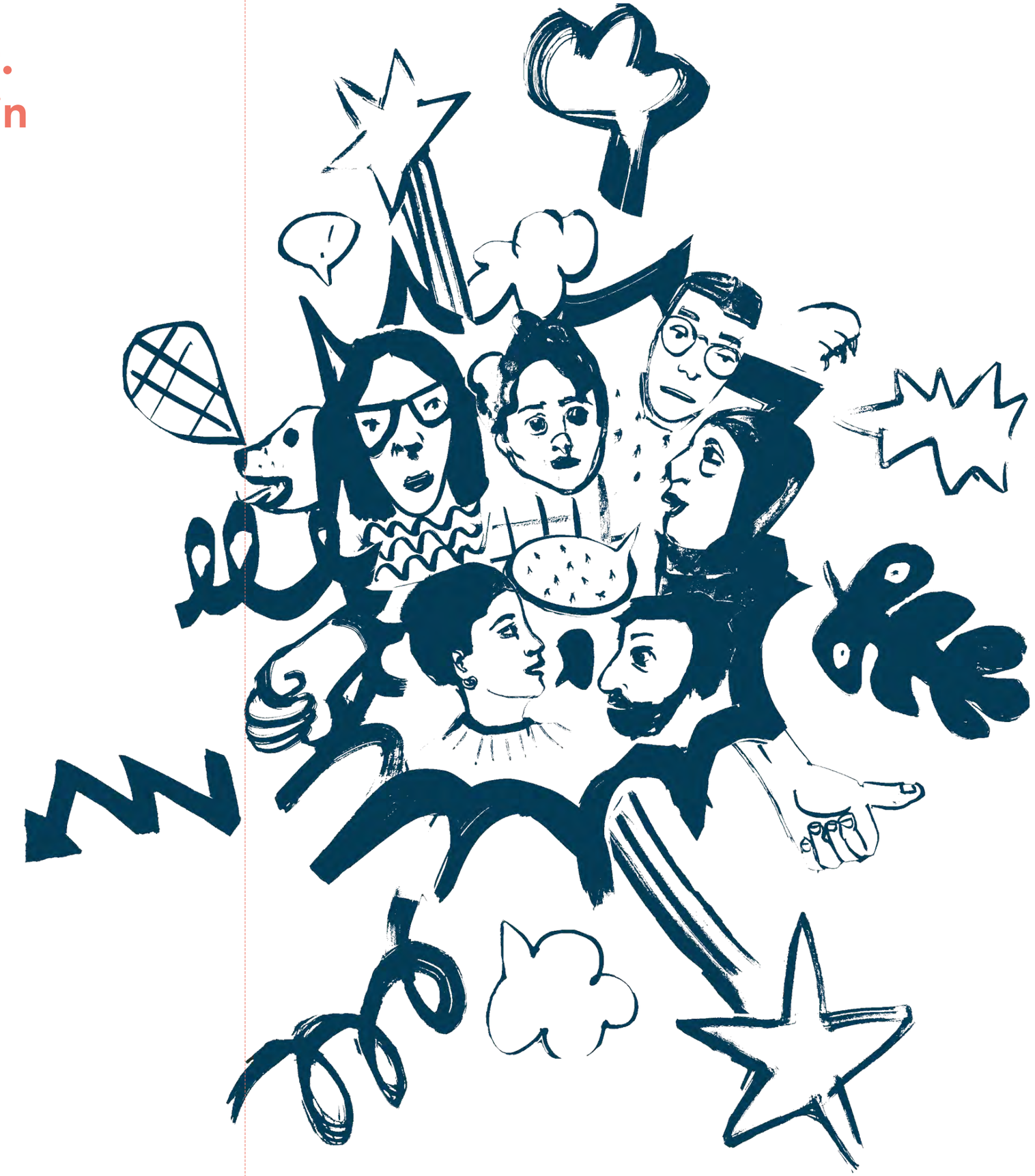
Dieses Großprojekt werden und wollen wir allerdings nur gemeinsam mit den anderen Landesministerien und gemeinsam mit Ihnen, den Expert*innen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, aus Institutionen und verschiedenen Professionen stemmen.

Noch ein Wort zum Abschluss. Als Gleichstellungsreferat im Ministerium haben wir die Aufgabe, die öffentlichen frauen- und gleichstellungspolitischen Debatten in Theorie und Praxis hinein in das Ministerium und in die Landesverwaltung zu transportieren und wiederum Impulse nach außen anzustoßen. Wir danken dem tifs für die wertvolle und gute Zusammenarbeit sowie den hilfreichen Austausch und die Expertise in diesem Themenfeld, die dazu beiträgt, das Thema Gleichstellung stets weiterzuentwickeln und voranzubringen.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg
Referat 25 (Gleichstellung)

„Verständigung und Konflikt. Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken“

Mit unserer Fachtagung im Oktober 2021, die in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachreferat Frauen und Politik, stattfand und durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, unterstützt wurde, haben wir unter obigem Thema aktuelle (gleichstellungs)politische Entwicklungen und theoretische feministische Diskurse der letzten Jahre sowie sichtbar werdende Konfliktlinien innerhalb feministischer Strömungen aufgegriffen. Auf der Tagung sollte ein Kommunikationsraum entstehen, in dem unterschiedliche feministische Perspektiven einen Platz haben. Damit verfolg(t)en wir die Absicht, Verständigungsansätze in feministischen und gleichstellungsbezogenen — durchaus konflikthaften — Politiken auszuloten bzw. weiterzubewegen.



WARUM DIESE TAGUNG?

Derzeit erleben wir in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sei es in Forschung oder in (aktivistischer) Praxis und (institutioneller) Politik, eine Zunahme von Auseinandersetzungen in und um feministische Positionierungen. Dabei zeigen sich Konflikte zwischen verschiedenen feministischen, geschlechterpolitischen Richtungen, gender- und diversitätsbewusster Praxis und sozialen Bewegungen. Zugleich nehmen in der Gesellschaft, besonders den Medien, Infragestellungen von bereits (vermeintlich?) etablierten Errungenschaften zu — bis hin zu antifeministischen Positionierungen und Aktivitäten.

Innerhalb der emanzipatorischen Bewegungen tragen die verschiedenen Debatten um Identitätspolitik zu einer Verunsicherung und darüber hinaus stellenweise auch zu Konflikten in feministischen und gleichstellungspolitischen Kreisen bei. Fragen danach, ob sogenannte Identitätspolitik eher als strategische Politikausrichtung zu denken ist oder ob sie Identitäten konstruiert (oder gar essentialisiert), können kaum in Ruhe diskutiert werden. Gerade auch als Reaktion auf *queer politics* (Interessen von LSBTIQ) und/oder auf die Entwicklung rassismuskritischer Positionen und antirassistischer Politik scheinen manchmal Formen der Abgrenzungen diskursbestimmender als die Suche nach gemeinsamen Strategien. Vehement wird darum gestritten, wer für wen sprechen darf.

Damit einher geht das Ringen um die Umsetzung einer intersektionalen Perspektive, die vor allem im letzten Jahrzehnt immer stärker eingefordert wurde und die Anfragen an bisherige Gleichstellungs- und feministische Ansätze stellt. Ihr ist die Ausrichtung an der Gerechtigkeitsfrage inhärent.

Gleichzeitig haben wir es mit einem Generationenwechsel bzw. intergenerativem Arbeiten in vielen Organisationen und Projekten zu tun. Die Frage des Umgangs mit bestehenden Wissens- und Erfahrungsbeständen (‚Wissensmanagement') stellt sich immer wieder neu. Es geht dabei jedoch nicht um eine ‚einfache' Weitergabe bzw. Tradierung des Standes, sondern um ein gemeinsames Weiterdenken unter Bezugnahme auf aktuelle diversitätsbewusste geschlechtertheoretische, -politische und -praktische Entwicklungen und Erkenntnisse. Soziale Bewegungen haben sich auch in diesem Diskursfeld diversifiziert. Aktionsplattformen wie bspw. #metoo und andere sind durch Aktivist*innen entstanden, die vor allem die digitalen Medien nutzen. Es gibt insgesamt eher wieder eine Zunahme junger Menschen (Frauen*, Männer*, queere Menschen), die sich feministisch positionieren. Haben wir ein ‚Comeback des Feminismus' in neuem Gewand?

Diese Themen, Diskurse und Konfliktlinien sind keineswegs neu, aber stellen sich gegenwärtig zugespitzt. Und wir vermissen einen Kommunikationsraum für übergreifende Auseinandersetzungen über diese gesellschaftlichen Phänomene.

Ein zentraler Grundsatz für die Tagung stellte dar, dass wir an den ‚Enden' dessen, was uns bewegt, was verletzt, was konflikthaft ist, ansetzen und weiterdenken — also nicht altbekannte oder neu bekannte Positionen einfach mantra-artig wiederholen und ggf. sogar verhärten. Wir wollten da ansetzen, wo Verunsicherungen (latent) spürbar sind und hinterfragen; suchen, was ‚auf der Strecke bleibt' bei den (teilweise öffentlichen, teilweise internen) verabsolutierenden Diskursen. Eine wertschätzende und anerkennende Diskussionskultur ist somit kein ‚Add On', sondern vielmehr die Basis eines Diskurses, die sich mit diesen (Konflikt)Themen beschäftigt. Mit den Teilnehmer*innen und Referent*innen unternahmen wir auf diese Weise bei der Tagung den Versuch einer Verständigung, um den Blick nach vorn in Richtung konkreter Handlungsperspektiven zu lenken.

Zu Beginn stellten freundlicherweise Bea Dörr von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Joanna Fulde für das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Referat 25 (Gleichstellung) in ihren Grußworten wesentliche Bezüge zwischen ihrer jeweiligen Arbeit und dem Forschungsinstitut tifs heraus.

Die Impulsvorträge beleuchteten wichtige historische und aktuelle Linien feministischer Diskurse und machten ein vielseitiges Panorama historischer und aktueller Verletzlichkeiten, Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen sicht- und besprechbar. Barbara Stiegler zeigte Kooperationen in der Gleichstellungspolitik unter dem Aspekt uns länger begleitender und aktueller Konfliktlinien, Spaltungen und Lösungen in der feministischen Bewegung auf. Maureen Maisha Auma brachte die intersektionale Perspektive aus einer Schwarzen feministischen Position ein. Jessica Wagner skizzierte queerfeministische Perspektiven mit dem Fokus auf Streitpunkte, Gemeinsamkeiten und Spannungsfelder von Feminismus und queerem Aktivismus.

Die anschließenden Workshops vertieften die Impulse dieser Vorträge und die eigenen Konflikterfahrungen und Auseinandersetzungen der Teilnehmenden unter verschiedenen Themenschwerpunkten:

„MY BODY, MY CHOICE" — KÖRPER, LEBENSFORMEN, SELBSTBESTIMMUNG

Interessanterweise entzünden sich auch innerhalb feministischer Bewegungen viele Debatten entlang von Körperlichkeit, Lebens- und Liebensformen. Dass der weiblich definierte Körper auch hier zum Diskursfeld wird, scheint uns ein Ausdruck dafür zu sein, dass feministische Debatten immer wieder in dominante (patriarchale) Diskurse hineingerufen werden. Unter der Perspektive der körperlichen Selbstbestimmung ist manches dabei unstrittig — wie etwa Positionierungen zum §218 bzw. §219a StGB, die mit alten feministischen Kämpfen um körperliche Selbstbestimmung verknüpft sind. Bei Fragen von Care-Arbeit ist es schon viel umstrittener, was Selbstbestimmung heißt oder heißen kann. Immerhin ist hier aber die Solidarisierung mit Care-Arbeiter*innen unbestritten. Ziemlich umstritten ist körperliche Selbstbestimmung anhand der Frage, ob wir Sexarbeit zu körperbezogenen Dienstleistungen und damit zu Care-Arbeit zählen (oder überhaupt als Arbeit verstehen) — und uns auch hier solidarisch für verbesserte Arbeitsbedingungen einsetzen — oder sie als Ausdruck patriarchaler Verhältnisse abschaffen wollen. Körperliche Selbstbestimmung gerät, gerade unter Feminist*innen, unversehens in die Arena von Identitätspolitik.

„CAN THE SUBALTERN SPEAK?" — SPRACHE, MACHT, REPRÄSENTATION

Die Frage „Can the subaltern speak?" von Gayatri Chakravorty Spivak, einer Mitbegründerin der postkolonialen Theorie und des postkolonialen Feminismus, zielt auf einen machtvollen Zusammenhang ab, in welchem sich die Frage, ob Marginalisierte sprechen können, vor allem darauf bezieht, ob sie gehört werden.

Es geht um Machtverhältnisse zwischen Frauen aus dem globalen Süden und dem Norden, aber auch weitere Ungleichheiten unter Frauen* bzw. unter gleichstellungspolitisch, feministisch, diskriminierungskritisch Engagierten. Der seit vielen Jahrzehnten immer wieder aufflackernde Diskurs um geschlechtergerechte Sprache stellt hier nur *ein* Feld der Auseinandersetzung dar. Er umfasst heute sprachliche Formulierungen und Erweiterungen im Sinne von Personen, die sich — auch sprachlich — nicht in der femininen und maskulinen Sicht und Schreibweise aufgehoben sehen und Kritik an einem binären Verständnis von Geschlecht üben. Ein anderer Diskursstrang kann spätestens seit der Silvesternacht 2015 in Köln, aber auch in den Begründungen für den Afghanistan-Krieg darin gesehen werden, dass Frauen als Austragungsort kolonialer und patriarchaler Diskurse beschrieben werden. Auch innerhalb von Organisationen zeigen sich Formen der Repräsentation von Macht in Bezug auf *gender, race* etc. Vor diesem Hintergrund stellt die Frage nach *Empowerment* und *Powersharing* eine zentrale Herausforderung für individuelle, aber auch für kollektive politische und organisationsbezogene Strategien dar. Und dabei geht es auch um Sprechen und Hören — wie kann wirkliche, symmetrische Kommunikation in den skizzierten Machtverhältnissen stattfinden?

„DAS PRIVATE IST POLITISCH“ — POLITISCHE FORMEN UND RÄUME DER ARTIKULATION VON INTERESSEN

Der Slogan „Das Private ist politisch“ aus den Anfängen der sogenannten neuen Frauenbewegung fokussiert Zusammenhänge zwischen dem persönlichen Erleben (‚das Private‘) und den Strukturen: die Verhältnisse sind der wesentliche Rahmen für Identitäten, Handlungen und Entscheidungen, die wir überhaupt treffen können. Aktuell erleben wir, dass in den Verständigungen (und Konflikten) der Zusammenhang auseinandergerissen ist: wir werfen uns Lebensstile und -formen, Identitäten um die Ohren und tun so, als könnten wir ständig wählen, wie wir leben wollen. Damit aber nehmen wir die Rahmungen aus dem politischen Raum, anstatt das Private zu (re)politisieren. Der politische Umgang mit der Corona-Krise hat die Frage nach dem Verhältnis von Öffentlichem und Privatem noch einmal neu und wieder ins Zentrum gerückt. Die Erkenntnisse aus den verschiedenen Werkstätten wurden in der Form einer Fishbowl-Diskussion ins Plenum eingebracht und diskutiert.

Der Vortrag zu „Solidarität in feministischen Politiken“ von Bini Adamczak bildete den Schluss der Veranstaltung, die damit aber keinen Schlusspunkt, sondern vielmehr einen Doppelpunkt im Sinne der Weiterentwicklung und -arbeit an den Themen setzen wollte: Solidarität ist bei Adamczak kein Mittel zum Zweck, sondern selbst der Zweck — der Zweck der Pädagogik, der Zweck der Sozialwissenschaft, der Zweck der Sozialpolitik. Solidarisierung ist also zu denken als Praxis-in-Beziehung — die Praxis eines „Wir“, das kein vereinnahmendes bzw. ausschließendes Wir darstellt, sondern eines, das sich seiner „Vielsamkeit“ wie auch seines Immer-wieder-Entstehens bewusst ist.

Visualisierte Eindrücke aus dem Tagungsgeschehen hat Sanne Pawelzyk mit der Methode des *Graphic Recording* eingefangen. Sie finden sich als Illustrationen in der Dokumentation.

LESSONS LEARNED, OFFENE FRAGEN, WIE WEITER...?

Solidarität in feministischen Politiken stellt sich als *die* große Aufgabe dar, die auch auf andere politisch-emanzipatorische Bewegungen ausstrahlen kann. Das Weltgeschehen erfordert fundamentales Umdenken, das sich wegbewegt von Individualisierung hin zu gemeinsamer Verantwortung, weg von Verbrauch und Eigennutz hin zu Umverteilung und Sorge für die Nichtgehörten, weg von Grabenkämpfen hin zu einem allgemeinen Bewusstsein menschlicher Angewiesenheiten und Anerkennung von Verschiedenheiten. Diese großen Ziele können in konkrete Umgangsweisen im Miteinander der emanzipatorischen Bewegungen umgesetzt werden und in Politikstrategien der solidarischen und bündnisstarken (auch Außen)Politik münden. Das aber — so die wichtige (wenn auch nicht neue) Erkenntnis — ist vor allem eine anspruchsvolle Aufgabe und erfordert je konkret zu prüfen, wo nach innen statt Abgrenzung Zuhören, statt Einteilen Offenheit und statt (beleidigtem) Rückzug Verständnis angebracht ist — um nach außen gemeinsam gegen Diskriminierungen und ungleiche Rechte vorangehen zu können und Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Aufforderung von Maisha Auma, Intersektionalität nicht ‚nur‘ als Analyse-Instrument zu verstehen, sondern als Instrument der Bekämpfung und Transformation mit dem Ziel einer intersektionalen Gerechtigkeit zu nutzen, kann hier hilfreich sein.

Eine übergreifende Perspektive am Ende der Tagung war der Impuls, den Blick auf (konkrete) Utopien zu richten: die Beschäftigung damit, wie wir leben wollen, welche Ziele wir erreichen wollen — und sich weniger an den normativen Engführungen und Grenzziehungen abzuarbeiten, die im Moment so häufig gegeneinander ins Feld geführt werden. Dabei wurde deutlich, dass oftmals Verständigungskonflikte innerhalb der Bewegung auch dadurch entstehen, dass die Erwartungen aneinander gerichtet werden, *alle* emanzipatorischen Ansprüche *innerhalb* der Bewegung(en) zu erfüllen, also sich gegenseitig zu überfordern und/oder zu schwächen mit dem Anspruch der Solidarität oder des *Powersharing*. So zeigte Jessica Wagner am Beispiel *Cancel Culture* auf, dass queere und feministische Personen teilweise so hohe moralische Ansprüche an sich selbst stellen, dass sie daran beinahe unweigerlich scheitern müssen.

Die Themen aus internen Diskussionen werden jedoch selten als Strukturfrage in die allgemeine Politik eingebracht. Es ginge also darum, *innerhalb* der Bewegungen zu lernen, Zwischentöne zuzulassen und zuzuhören, wegzukommen von dem schnellen Polarisieren und Moralisieren und sich auch Ungenügen und Widersprüche zuzugestehen.

Einig waren sich die Teilnehmenden in der Bedeutung von Räumen der Auseinandersetzung, die neu aufgebaut und institutionalisiert werden sollten. Diese müssen unterschieden werden von Innenräumen der jeweiligen Selbstverständigung, des Schutzes, des Lebens je eigener Interessen, die ebenso notwendig sind und ihre Legitimität keineswegs aus (identitätspolitischer) Abgrenzung zu anderen zu schöpfen brauchen. Für Auseinandersetzungen darum, welche Gruppen welche Ziele teilen (und welche nicht), braucht es Bedingungen des Zuhörens und Wahrnehmens und vor allem des Vertrauens, d.h. einen anderen, eher wohlwollenden Blick aufeinander. Klärungen, wer in Bezug worauf dasselbe Ziel hat und in Bezug worauf nicht, schaffen die Grundlage für Bündnispolitiken, die auf je spezifische Fragen und Themen bezogen sein können und nicht eine *völlige* Übereinstimmung erfordern. Strategische, themenbezogene Bündnisse könnten dann mehr Stärke für eine Politik der Veränderung entwickeln. Dafür ist es immer wieder wichtig, gemeinsam darüber zu reflektieren, welche Strukturen, Verfahrensweisen, eingefahrenen Verhandlungs- und Organisationsweisen Kritik und neue Praxis verhindern. Und ganz sicher sind die ‚Hauptgegner*innen‘ nicht die (ähnlich kämpfenden) anderen sozialen Bewegungen, wenn sie emanzipatorische und nichtdiskriminierende Ziele verfolgen.

Beispiele für solche Lernprozesse hat Barbara Stiegler in ihrem Beitrag aufgegriffen — im Idealfall kommt es zur gegenseitigen Sensibilisierung und die Einigung auf Umgangsregeln kann Gruppendynamiken entspannen. Hilfreich ist dabei auch die Reflexion des Verständnisses von „Identität“: Identitäten sollten nicht als unveränderliche Wesensmerkmale, sondern als Verweis auf Gefährdungsstrukturen verstanden werden. Damit wird es möglich, gemeinsam solidarisch gegen diese Strukturen anzugehen.

Diese Form der Verständigung stellt einen sehr hohen Anspruch dar, der in gemeinsamer Praxis Stück für Stück ausprobiert und erfahren werden muss. Immer wenn vermeintliche Eindeutigkeiten, ‚totale‘ Abgrenzungen innerhalb von Bewegungsauseinandersetzungen formuliert werden, die an Identitätszuschreibungen und persönlichem Verhalten festgemacht werden und nicht auf gesellschaftliche Verhältnisse Bezug nehmen, gilt es, wachsam zu sein. Zugleich plädierten die Tagungsteilnehmenden dafür, die vorhandenen Strukturen eben nicht nur als Verhinderungspolitik zu sehen, sondern zugleich Möglichkeitsfenster und Chancen darin zu entdecken und diese strategisch und wachsam zu nutzen — z.B. für gleichstellungspolitische Eingaben und inhaltliche Forderungen an die Politik.

Solidarität fordert ein Denken weg von Identitäten, hin zu Verhältnissen, die nur gemeinsam im Bündnis zum Tanzen gebracht werden können. Oder — wie Bini Adamczak sagt — es geht um gesellschaftliche Beziehungsweisen der Solidarität. „Solidarität ist keine Identität, ... sie ist auch kein Verhaltenskodex, ... keine Haltung von Helden. Solidarität findet vielmehr in Beziehungen statt, sie ist etwas, das sich zwischen uns ereignet“ (Adamczak 2020: 17).

Damit feministische Solidarität wirksam in die Gesellschaft und Politik eingebracht werden kann, braucht es fortlaufende Verständigung und Beziehungspflege zwischen den verschiedenen Bewegungen und feministischen und gleichstellungspolitischen Ansätzen.

Literatur

Adamczak, Bini 2020: Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs. Solidarität ist kein bloßes Mittel, kein Instrument, keine Utopie. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung. In: globale Solidarität. maldekstra international 2020, Sonderausgabe, hg. von der common Verlagsgenossenschaft e.G in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, S. 16–18. https://www.rosalux.de/publikation/id/42114/globale-solidaritaet

Kooperationen in der Gleichstellungspolitik zwischen Erfolg und Kompromiss

BARBARA STIEGLER

1. Ausgangspunkt

Gleichstellungspolitik besteht einerseits in der direkten Politik mit ihren Maßnahmen, Programmen und Regelungen. Gleichstellungspolitik wird andererseits mehr als manch andere Politiken geprägt und getragen von der Zivilgesellschaft und ist damit immer auch eine Reaktion auf zivilgesellschaftliche Bewegungen. Verschiedene Gruppen versuchen, die Politik zu beeinflussen: Frauenbewegungen, Männer-, Lesben-, Schwulen-, Trans-, Inter- und Queer- Bewegungen kämpfen um ihre Rechte, gegen Diskriminierung und um Veränderungen in der Gesellschaft. Und ihr jeweiliger Einfluss ändert sich permanent: welche Gruppe besonders gehört wird und sich durchsetzt, unterliegt einem ständigen Wandel.

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen nicht die Ergebnisse dieser Prozesse, also die Frage, wer sich mit welchen Forderungen jeweils durchgesetzt hat, sondern eine „Innenansicht“: Es geht um die Prozesse zwischen den Gruppen, die sich gleichstellungspolitisch engagieren und versuchen, die Politik zu beeinflussen.

Bei diesen Prozessen spielen Identitätspolitiken eine große Rolle (APuZ 2019). Aus einer soziologischen und politikwissenschaftlichen Perspektive wird Identitätspolitik durch Kompromisslosigkeit und Polarisierungen sowie das Führen von Anerkennungskämpfen statt Verteilungskämpfen charakterisiert. Kulturelles sei dabei wichtiger als Materielles. Manche führen die Verluste der Partei Die Linke auf deren zu starke Konzentration auf kulturelle Randgruppen zurück und sehen dadurch sogar eine Stärkung rechter Tendenzen. Identitätspolitik, so andere Stimmen, fragmentiere, mindere Solidarität und führe zu einem „Wettbewerb der Opfer“ um den Status der am meisten Diskriminierten.

In der feministischen Debatte, in der Gleichstellungspolitik und in der Geschichte der Frauenbewegungen finden sich identitätspolitische Prozesse wieder, z.B. wenn es um die Fragen der Definition von Geschlecht, Fragen der Zugehörigkeit oder der von Gemeinsamkeiten in Aktionen geht. Allein die vermeintlich simple Frage „Was ist Geschlecht?“ ist in der wissenschaftlichen Debatte in den letzten 20 Jahren in sehr unterschiedlicher Weise beantwortet worden. Die jeweiligen Antworten haben auch ihre Korrespondenz in den Bewegungen von Frauen und geschlechterpolitischen Gruppen gefunden. So galt lange Zeit die Differenztheorie, die von einem generellen Unterschied zwischen Mann und Frau ausgeht, als der richtige Zugang zur Erfassung von Geschlechterverhältnissen. Die Differenztheorie bildete auch den Hintergrund der gängigen Forschungsfragen. Diesem Denken über Geschlecht entsprach, dass die Solidarität vieler Frauen in den Bewegungen sich ebenfalls in dieser Differenz gegenüber den Männern gründete. Später entwickelte sich der wissenschaftliche Diskurs zu Geschlecht weiter. Es kam zu neuen Theoriebildungen und Antworten auf die Frage „Was ist Geschlecht?“. Die neuen Theorien waren von einer dekonstruktivistischen Perspektive geprägt und rückten die Fluidität und Plastizität dessen, was Geschlecht bedeutet, in den Vordergrund. Das stellte den einfachen Rekurs auf das „gemeinsame Geschlecht“ auch in den Diskursen in der und über die Frauenbewegung in Frage. Es bildeten sich neue Gruppen, die sich durch diese Theorien in ihren Positionen bestärkt fühlten. Neue Fragestellungen in Forschung und Praxis entstanden, aber auch neue Konflikte innerhalb und zwischen geschlechterpolitisch engagierten Gruppen blieben nicht aus.

Der Blick in die Geschichte verweist auf die Zeitgebundenheit von „Lagern“ und „Schulen“ und deren oft so heftigen Kämpfen gegeneinander. Positionen verändern und relativieren sich. Auch die Gleichstellungspolitik unterliegt solchen Entwicklungen.

Im Folgenden wird aufgezeigt, dass es immer schon Konflikte unter Akteur*innen, Kämpfe und Spaltungen unter Theorie- und Akteursgruppen gab, die teilweise auch über Identitätspolitiken ausgetragen wurden, dass es aber auch zu Kompromissen und gelungenen Kooperationen kam.

2. Spaltungen unter Akteur*innen

Wenn politische Positionen in der Gleichstellungspolitik mit der eigenen Betroffenheit, mit einem subjektiven Empfinden und der persönlichen Identität begründet werden, kann das zur Bildung neuer Gruppierungen innerhalb einer Bewegung führen und letztlich auch zu deren Spaltung. Die neuen Gruppierungen fühlen sich von den „Anderen“ nicht (mehr) vertreten. Sie stellen die Definitionsmacht der dominanten Gruppe infrage, entwickeln eigene Analysen, erheben andere Forderungen und bilden neue Netzwerke. Auch Aktionseinheiten werden aufgekündigt. Ilse Lenz (2008) spricht in ihrer Arbeit über die Neue Frauenbewegung in Deutschland von „Strömungen“ und ihren „konfliktuellen Differenzierungen“ (Lenz 2008: 17–21).

Hier einige Beispiele:

Hetero-Frauen versus Lesben
Es ging unter anderem um die Frage, ob nur lesbische Frauen authentisch für Feministinnen sprechen dürfen (Müller 2004: 89).

Mütter versus Nicht-Mütter
1986 wurde auf dem Mütter-Kongress ein Manifest verabschiedet, das eine eigene Welt für Mütter mit Kindern postulierte, in der von Nicht-Müttern, von Vätern und Männern keine Rede war.

Institutionsfrauen/ Femokratinnen versus Bewegungsfrauen/ Projektfrauen
Der Konflikt lag in der Frage, wieweit eine Vereinnahmung durch Institutionen die Autonomie einer Frauenpolitik unmöglich macht und stellte infrage, ob es überhaupt ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Institutionsfrauen und Bewegungsfrauen geben kann und wenn ja, wie weit das gehen kann.

Westfrauen versus Ostfrauen
Auch hier spielte das Thema Autonomie eine Rolle: während Westfrauen ihre Autonomie in der Abgrenzung von Männern sahen, verstanden Ostfrauen unter Autonomie ihre eigene soziale und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Westfrauen vertraten auch eher „geschlossene“ Identitäten als „Frau“, während Ostfrauen mehr auf die Prägung der Identität durch soziale Strukturen verwiesen.

Schwarze Frauen und Migrantinnen versus weiße Frauen und Bio-Deutsche
Schon früh kam die Frage auf, wer für wen sprechen konnte und durfte. Während in den Anfängen Feministinnen glaubten, alle Migrantinnen vertreten zu können, da sie ja das Frau-Sein gemeinsam hatten, fühlten sich viele Migrantinnen bevormundet und gründeten eigene Vertretungen oder organisierten sich in eigenen Gruppen. Ebenso kritisierten Schwarze Frauen die Dominanz weißer (Mittelschicht-) Frauen in den westlichen Frauenbewegungen und wendeten sich teilweise von dieser Frauenbewegung ab.

LSBTIQ-Personen versus Feministinnen*
Hier spitzt sich der Konflikt in der Frage nach der Definition von Frau-Sein insbesondere im Hinblick auf trans Frauen zu. Konflikte gibt es um die Teilhabe an realen und virtuellen Räumen und an Aktionen. Bereits 1998 kam es zu Auseinandersetzungen um die Teilnahme von bisexuellen und trans Frauen an Lesbentreffen.

Diese Beispiele sollen ein Bild davon vermitteln, wie lange schon und wie häufig es allein innerhalb der Frauenbewegungen mehr oder weniger identitätsbezogene Auseinandersetzungen gab.

3. Gegenstand von Konflikten

Die Auseinandersetzungen drehen sich sowohl um Macht als auch um Ressourcen, und sie haben ein Potential zu Spaltungen. Zunächst geht es um Sichtbarkeit.

Symbolische Anerkennung zeigt sich in der Sichtbarkeit in Sprache und Schrift. Es wird darum gerungen, mit welchen Worten bestimmte Gruppen/Personen korrekt bezeichnet werden und welche Schreibweise sie ausschließt.

Darüber hinaus geht es um Anerkennung und Ermächtigung, Einfluss, Macht und Repräsentation.

Es wird um die Definitionsmacht und die Deutungshoheit gekämpft. So drehen sich die Konflikte um Fragen, was Kategorien wie Geschlecht, Frau oder Mann bedeuten und was nicht; oder wie bestimmt werden kann, was die „richtige" feministische Forschung ausmacht — aber auch, welche Forderungen erhoben werden und welche Slogans auf Transparente geschrieben werden.

Es geht auch um Macht. Macht kann durch die Besetzung von Positionen in Organisationen errungen werden. Dabei stellen sich Fragen, wer in diesen Positionen repräsentiert sein soll, und ob und für wen welche Quoten gerechtfertigt sind. Der eigene Einfluss kann auch durch die Zulassung von eigenen Vertreter*innen in bestimmten Gremien vergrößert werden. Immer, wenn Plätze und Positionen begrenzt sind, treten Konflikte um deren Besetzung auf.

Auch Bündnisse können die eigene Kraft verstärken. In Frauenbewegungen war/ist eine Beteiligung von Männern und Männergruppen immer umstritten: Sollen Männer innerhalb von feministischen Gruppen, bei Kongressen oder bei öffentlichen Aktionen beteiligt werden? Die Antworten hängen vom Selbstverständnis der Frauengruppen ab, aber auch von den Inhalten, auf die sich die Aktionen beziehen. Das Selbstverständnis einer Gruppe führt zu unterschiedlichen Entscheidungen. So wurde z.B. das Problem einer Zusammenarbeit von Lesben und Schwulen unterschiedlich gelöst: wenn Lesbengruppen sich aufgrund von Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Orientierung definieren, ist eine Zusammenarbeit mit schwulen Männern kein Problem, weil diese von derselben Diskriminierung betroffen sind. Wenn Lesbengruppen sich aber über ihre Ablehnung des Patriarchats definieren, gehen sie kein Bündnis mit schwulen Männern ein, weil diese als Männer von der patriarchalen Dividende profitieren.

Oft geht der Streit auch um die Bedeutung von Strategien: Welcher Rang wird verschiedenen geschlechterpolitischen Strategien eingeräumt? Steht *Diversity Management* über *Gender Mainstreaming*? Ist Antidiskriminierungsarbeit für alle Gruppen auf Kosten der Geschlechtergleichstellung legitim?

Nicht zuletzt ging und geht es auch immer um den Erhalt oder die Vergrößerung von Ressourcen. Gruppen treten in Konkurrenz um finanzielle Ressourcen wie Fördermittel, Spenden oder Zuwendungen. Wichtig dabei sind Personalstellen, ihre Anzahl, die Höhe der Entlohnung und die Arbeitsbedingungen.

4. Kompromisse und Lösungen

Konflikte, die mit der Betonung der eigenen Identität geführt werden, bringen zunächst einmal viele Irritationen in bestehende Gruppen. Diskussionen werden vehement und oft emotional geführt und verzögern die „normalen" Auseinandersetzungen. Tagesordnungen und eingespielte Rituale werden gestört. Eine heftig ins Feld geführte Identität lässt diejenigen, die die Identität nicht teilen, oft erst mal aus Respekt oder aus Angst verstummen, denn ein Vorwurf der Nichtbeachtung oder eines Ausschlusses einzelner Personen wirkt bedrohlich für den Gruppenzusammenhalt. Moralisierungen verstärken die Spannungen, wenn die einen die anderen als diejenigen, die nicht im Recht sind und damit als „die Schlechten" definieren, sich selbst dagegen als die im Recht und als „die Guten" darstellen. Das führt weiter zu der Auseinandersetzung um die Frage, wessen Diskriminierung am stärksten ist und damit als die wichtigste anerkannt werden sollte.

Solche Spannungen können eine toxische Gruppendynamik auslösen und die Verletzungen, die sich daraus ergeben, können bis hin zu Erkrankungen führen. Es kann zu Lagerbildungen und Abspaltungen kommen. Dann stehen sich Gruppen und auch einzelne Personen (plötzlich) feindlich gegenüber und bekämpfen sich: durch Kränkungen und Einschüchterungen, durch Demütigungen, durch das Ausüben von emotionalem Druck und durch moralische Überheblichkeit. Auch im digitalen Raum lassen sich solche Gruppenprozesse erkennen.

Heftige Auseinandersetzungen können aber auch zur Sensibilisierung, bestenfalls auf beiden Seiten, führen. Dann ist es möglich, durch die Verpflichtung auf bestimmte Umgangsregelungen eine Entspannung in den Gruppeninteraktionen zu bewirken.

Dabei hilft die Einsicht, dass sich Identitäten ändern können. Das allerdings setzt eine spezielle Definition von Identität voraus, die im Diskurs gemeinsam zu bestimmen wäre. Identität ist demnach kein Merkmal einer Person, schon gar nicht ein Wesensmerkmal, sondern Identitäten verweisen auf Gefährdungssituationen, denen sich die Mitglieder einer Gruppe ausgesetzt fühlen und denen sie real ausgesetzt sind. Dabei sind die materiellen Bedingungen, die kulturellen Zwänge und strukturellen Prozesse in Betracht zu ziehen, unter denen Gruppen sich definieren und die Grenzen zu anderen ziehen. Auch die Selbstreflexion der dominanten Gruppe kann dazu führen, dass die eigenen Vorurteile und Privilegien erkannt werden und ein Verständnis für die Positionen der anderen Gruppe entwickelt werden kann. Die Nutzung der „Gender-Sprache" in Wort und Schrift ist ein Zeichen dafür, dass es sogar ein gemeinsames Wachsen in der Veränderung geben kann, da sich das „Normale" selbst relativiert: Arbeitnehmer* ist nun wirklich nur noch die männlich gelesene Person und nicht mehr der Sammelbegriff für alle, unter dem sich Frauen* und Männer* verstehen müssen.

Ein anderer Fall ergibt sich, wenn begrenzte Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und sich Gruppierungen diese teilen müssen. In einigen Kommunen sind z.B. im Laufe der Zeit immer mehr Antidiskriminierungsstrategien etabliert und entsprechende Beauftragte für die verschiedenen Gruppen, die von Diskriminierungen betroffen sind, eingesetzt worden. Teilweise ging das zu Lasten der Frauen/Gleichstellungsbüros, der ältesten Institution in diesem Feld. Wenn die Beauftragten gegeneinander ausgespielt werden und sich in internen Konflikten bekämpfen, werden alle geschwächt. Nur der gemeinsame Einsatz für ein Anwachsen der Ressourcen für alle Beteiligten kann aus einem solchen Dilemma heraushelfen. Auch die Erkenntnis und Verabredung, dass alle Beauftragten eine intersektionale Perspektive in ihrer Arbeit einnehmen oder entwickeln, kann die Gemeinsamkeit in den Zielen der Arbeit verstärken.

Wenn die gruppendynamischen Barrieren erkannt und abgebaut sind, kann es zu möglichen gemeinsamen Aktionen und Kooperationen kommen. Diese Kooperationen können auch (zunächst) auf punktuelle Aktionen beschränkt sein. So wurde 1985 im Gegensatz zu den vorherigen Jahren der 8. März wieder zu einem Bündnistag von Frauen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und autonomen Gruppen, der im Anschluss regelmäßig stattfinden konnte.

Kooperationen werden auch erleichtert, wenn es um die Abwehr von gemeinsamen Bedrohungen geht. So hat z.B. der Kampf gegen den wachsenden Antifeminismus der extremen und populistischen Rechten zu Aktionsgruppierungen geführt, die zu diesem einen Thema ein Netzwerk gegründet haben, in dem sie sich kontinuierlich austauschen und zusammenarbeiten, wobei sich die Netzwerkmitglieder selbst in höchst verschiedenen Gruppen engagieren.

Ein Beispiel für eine Lösung in einem hoch aufgeladenen Konflikt auch zwischen Feministinnen und Frauenverbänden ist die Stellungnahme der CEDAW-Allianz (CEDAW 2019). Deutschland als Vertragsstaat von CEDAW (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau) ist verpflichtet, alle vier Jahre einen Staatenbericht über den Stand der Gleichstellung

an den zuständigen UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau abzugeben und dabei die von diesem Ausschuss regelmäßig gegebenen Empfehlungen zu berücksichtigen. Die Zivilgesellschaft kann dem UN-Ausschuss jeweils ihre Sicht der Gleichstellung in einem sogenannten Alternativbericht vorlegen. Zur Erstellung eines solchen Berichts haben sich seit Jahren über 30 Frauenverbände in einer zivilgesellschaftlichen Allianz zusammengetan. Bei der Berichterstellung arbeiten die einzelnen Gruppen zu dem ihnen eigenen Thema die Analysen und Forderungen aus; die Allianz stimmt in einem Plenum, in dem alle Gruppen beteiligt sind, über den ganzen Bericht ab. Auch der Deutsche Frauenrat (Dachverband von 59 Mitgliedsverbänden) ist ein Mitglied der Allianz. Der Konflikt entzündete sich an den in Deutschland geltenden Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch. Der UN-Ausschuss zeigte sich schon immer besorgt über die Regelungen des Schwangerschaftsabbruches im §218 des Strafgesetzbuches und verwies auf den Widerspruch zur Regelung in der Frauenrechtskonvention. Die Bundesregierung argumentierte in jedem Staatenbericht, dass es sich beim §218 um ein in Deutschland hoch umstrittenes Thema handele. Das ist richtig, denn auch in der zivilgesellschaftlichen Allianz zeigt sich diese Kontroverse: der Deutsche Frauenrat hatte nach langen Diskussionen auf Druck der katholischen Verbände entschieden, als Frauenrat keine Position zur Abschaffung des §218 zu vertreten. Eine Mehrheit in der CEDAW-Allianz plädiert allerdings für die Abschaffung des §218 im Strafgesetzbuch. Dieser Konflikt innerhalb der Allianz wurde dadurch gelöst, dass im Alternativbericht eine salvatorische Klausel eingefügt wurde, in der es heißt, dass nicht alle Mitglieder „jede hier geäußerte Beurteilung und Empfehlung“ mittragen. Zum §218 wurde auf die Unzulänglichkeit der Argumentation der Bundesregierung verwiesen.

5. Resümee

1. Konflikte innerhalb der Bewegungen hat es immer gegeben, Identitäten spielten und spielen dabei eine große Rolle. Aber die Geschichte zeigt: Identitäten entwickeln sich, auch die Identität der Mehrheitsgruppe kann sich ändern.

2. Eine Lösung der Konflikte kann darin liegen, dass es eine Einigung über den Charakter von Identität gibt. Wenn Identitäten keine Wesensmerkmale bezeichnen, sondern auf Gefährdungsstrukturen verweisen, kann eine neue Gemeinsamkeit darin gefunden werden, gemeinsam gegen diese Gefährdungsstrukturen anzugehen.

3. Wenn Konflikte daraus entstehen, dass spezifische Gruppen sensibler auf die ihnen zugefügten Diskriminierungen reagieren und ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, dann muss das nicht zu Spaltungen führen. Erst wenn es zu Kränkungen und Abwertungen zwischen den Gruppen kommt, wird solidarisches Handeln verhindert.

4. Identitätspolitik führt zur Bündnisfrage. Wenn ein gemeinsames Ziel formuliert werden kann, das von allen Gruppen getragen wird, lassen sich interne Konflikte leichter regeln.

5. Solidarität bei Aktionen sollte nicht auf einer Gruppenzugehörigkeit basieren, sondern auf der Zustimmung zu einem gemeinsamen Ziel.

6. Wenn Gruppen gegeneinander ausgespielt werden bzw. durch die Mittelvergabe gesteuert werden, kann das nur durch eine solidarische Haltung untereinander überwunden werden. Die Einsicht, dass generell zu wenig Mittel für gleichstellungspolitische Projekte gewährt werden, kann dazu führen, dass alle gemeinsam das Ziel verfolgen, die Ressourcen insgesamt zu erhöhen.

Literatur

Aus Politik und Zeitgeschichte 2019: Identitätspolitik, 69. Jahrgang, 9–11/2019.

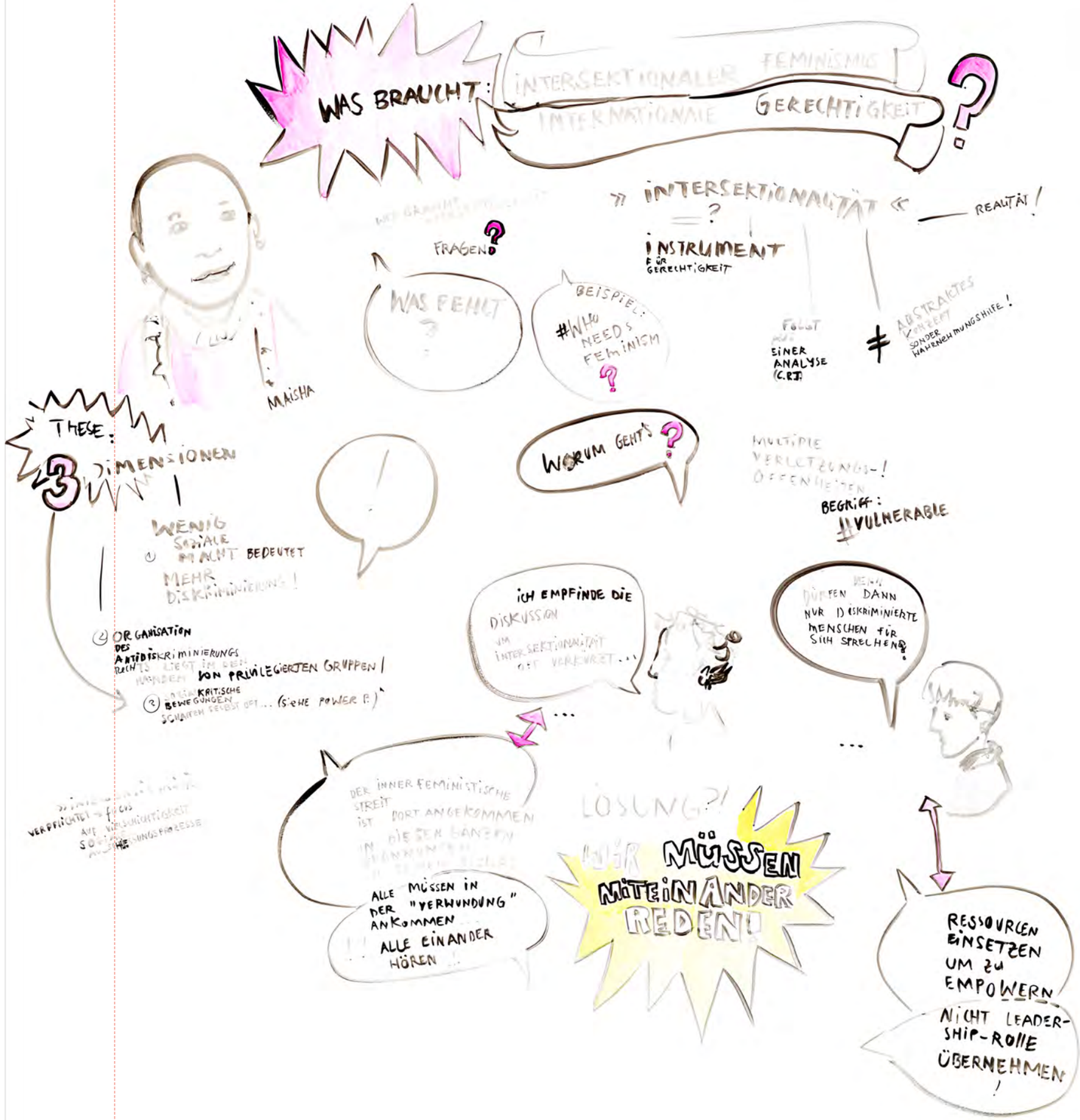
CEDAW-Allianz Deutschland 2019: Recht auf Gleichstellung. Zum Stand der Umsetzung der Frauenrechtskonvention in Deutschland.

Lenz, Ilse 2008: Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Müller, Ursula G. T. 2004: Die Wahrheit über die lila Latzhosen. Höhen und Tiefen in 15 Jahren Frauenbewegung. Gießen: Psychosozialverlag.

Intersektionale Solidaritäten in Zeiten einer erhöhten Vulnerabilität

MAISHA M. AUMA



Mein Beitrag ist geleitet von gemeinsamen Reflexionen über intersektionale Feminismen, intersektionale Gerechtigkeit und intersektionale Solidarität — zu einer spezifischen Zeit, zu einer krisengeprägten Zeit, nämlich inmitten der gesamtgesellschaftlichen und der globalen Auseinandersetzung mit der Covid-19-Pandemie. Die Frage von Vulnerabilisierung (bzw. Schutz vor Vulnerabilisierung) oder genauer die unterschiedliche, d.h. disproportionale Vulnerabilisierung mehrfach marginalisierter Bevölkerungsgruppen, ist erneut zum Gegenstand feministischer Gerechtigkeits-Theorien/Forschung/Praxis- und Politikformen geworden. Mein Nachdenken über „*Equal Safety and Equal Protection*" ist durch Schwarze queer-feministische Arbeiten geprägt (Auma, Kinder & Piesche 2021), die zeitgleich sowohl starke gemeinsame Anliegen mit feministischen Bewegungen aufweisen als auch mit den Bewegungen für die Selbstbestimmung, die (Bürger*innen-)Rechte und den gleichberechtigten Schutz von Schwarzem Leben (Auma 2020a; 2020b; 2020c).

Die enge Verbindung zwischen Vulnerabilität und Intersektionalität

Intersektionalität als Analyseinstrument zielt darauf ab, die erhöhte Vulnerabilisierung mehrfachmarginalisierter Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen, um sie veränderbar, d.h. bearbeitbar zu machen. Die intersektionale Wahrnehmung sozialer Exklusionen wurde entwickelt, um drei Dinge auf den Punkt zu bringen:

1. Es gibt soziale Gruppen, die härter von Diskriminierung und von Ausschließungsprozessen betroffen sind, weil sie mehr als einer benachteiligten, sozialen Klasse angehören.

2. Das Antidiskriminierungsrecht ist entlang einzelner Diskriminierungsdimensionen (Diskriminierungsmerkmale) organisiert und wird der Realität mehrfach ausgeschlossener Gruppen daher nicht gerecht.

3. Die sozialkritischen Bewegungen, die sich für einen effektiven Diskriminierungsschutz einsetzen, richten ihre Strategien vorwiegend nach den Interessen und Lebensrealitäten ihrer privilegiertesten Angehörigen aus.

Etwa 30 Jahre nach der Einführung des theoretischen Instruments Intersektionalität muss daher gefragt werden, inwieweit es inzwischen gelungen ist, Realitäten von Mehrfachvulnerabilisierung zu thematisieren und einen entsprechenden Diskriminierungsschutz durchzusetzen. Vor dem Hintergrund des Tagungsthemas „Konflikt und Verständigung" bin ich besonders daran interessiert, über neue feministische Perspektiven zu Intersektionalität als Gerechtigkeitsparadigma, als Instrument des Diskriminierungsschutzes und als Instrument zur Umverteilung gesellschaftlicher (Anerkennungs-)Ressourcen nachzudenken.

Es ist nur etwa ein Jahr vergangen seit der öffentlichen Tötung des 46-jährigen George Floyd, seit der Verfilmung seines Todeskampfes durch die 17-jährige Zeugin Darnella Frazier und der anschließenden Veröffentlichung ihres Materials via Social Media. Es ist ein Jahr vergangen nach den darauffolgenden massiven Protesten, die weit über den nordamerikanischen Kontext hinaus Resonanzräume für rassismuskritische Thematisierungen eröffneten (Auma 2020c). Es ist ein Jahr seit der damit verbundenen transnationalen Popularisierung der #BLM-Bewegung* vergangen und der erhöhten Aufmerksamkeit für die Vulnerabilisierung Schwarzen Lebens durch rassistisch geprägte, institutionalisierte Strukturen (Auma, Kinder & Piesche 2019a). Die Dringlichkeit, mit der nach gesellschaftlichen und globalen Lösungen gesucht wurde, um die Mehrfachvulnerabilisierung Schwarzen Lebens zu lindern, hat inzwischen wieder abgenommen. Auch die gesellschaftlichen Debatten über ungleich verteilte Gesundheitsrisiken vor dem Hintergrund der (Mehrfach-)Vulnerabilisierung vorwiegend postmigrantisierter, vorwiegend weiblicher, vorwiegend ökonomisch de-privilegierter — aber systemrelevanter — Arbeiter*innen im Reinigungs-, Ernte-, Lebensmittel-, Pflege- und Transportbetrieb, hat wieder an öffentlicher Aufmerksamkeit eingebüßt (Auma 2020a). Die in der Covid-19-Pandemie zentral gewordene, gesellschaftliche Aufgabe, diejenigen Menschen (und ihre Familien) effektiv zu schützen, die unseren Alltag erst ermöglichen und auch sichern, hat wieder an Priorität verloren (Auma 2020b). Welche Aufgaben liegen darin für eine Reformulierung, eine Neukonzipierung von Intersektionalität, intersektionaler Gerechtigkeit und intersektionaler Solidarität?

* Anmerkung der Herausgeberinnen: #BLM steht für Black Lives Matter, eine 2013 in den USA gegründete Bewegung, die sich gegen rassistische Gewalt gegen Schwarze Menschen einsetzt und u.a. gegen Polizeigewalt protestiert.

Trilemmatische Intersektionalität als Ausweg aus innerfeministischen Grundkonflikten?

Schutzkonzeptionen, dort wo sie sich mit disproportionalen Diskriminierungsrisiken befassen, müssen, erstens, besonders vulnerabilisierte Personenkreise explizit benennen (kategorisieren bzw. formal anerkennen). Sie müssen zweitens die Verhinderungsbedingungen, diejenigen Barrieren erforschen und benennen, die zur (Mehrfach-)Marginalisierung und Exklusion geführt haben. Und sie müssen drittens die exklusive Normalität, die aus der Institutionalisierung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit entstanden ist, hinterfragen und ent-normalisieren, um Platz zu schaffen für Diversität, Gerechtigkeit und Gleichbehandlung (Auma, Kinder & Piesche 2019b).

Dieses komplexe Antidiskriminierungshandeln fassen sowohl die Sozialwissenschaftlerin Gudrun Axeli-Knapp als auch die Inklusionsforscherin Mai-Anh Boger in der gelungenen Verbindung, in dem konsequenten Aufeinander-Beziehen der drei Gerechtigkeitsstrategien Gleichheit (Normalisierung), Differenz (Empowerment) und Dekonstruktion zusammen (Auma, Kinder, Piesche 2019b). Nach Axeli-Knapp greife jede der drei Strategien, alleine eingesetzt, zwangsläufig zu kurz. Jede für sich genommen führe, so Axeli-Knapp, in ein bekanntes Dilemma, beispielsweise eine Gruppe nur über ihre Viktimisierung (Diskriminierung) zu erfassen und damit auf diese festzuschreiben (Differenz), oder eine Gruppe, die disproportional von Vulnerabilisierung betroffen ist, in ihrer Marginalisierungsrealität unsichtbar zu machen (Dekonstruktion) oder den Zugang zu einer weiterhin ausbeuterischen Normalität zu erhöhen, und damit eine einseitige Anpassungsleistung (Selbstoptimierung) der Mehrfachexkludierten vorauszusetzen und mit zu normalisieren (Axeli-Knapp 1997). Jede der drei Gerechtigkeitsstrategien sei aber für die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit, so Axeli-Knapp, unverzichtbar. Sie betrachtet infolgedessen die drei Gerechtigkeitsparadigmen als sich gegenseitig korrigierende Linien (Axeli-Knapp 1997).

Mai-Anh Boger trägt ebenfalls mithilfe ihres theoretischen Instruments, dem Trilemma-Modell, wesentlich zu einer Vertiefung multivalent orientierter Schutz- bzw. Gleichstellungsstrategien bei (Boger 2017; 2019). In Anlehnung an Boger beinhaltet eine Reformulierung oder Neukonzeption von Inklusion bzw. Intersektionalität, dass Konzeptionen der Intersektionalität zugleich als *Empowerment*, als *Normalisierung* und als *Dekonstruktion* aufzufassen und zu strukturieren sind. Dabei ruft intersektionales Antidiskriminierungs-Handeln immer nur zwei Linien des Trilemmas gleichzeitig auf (bspw. Förderprogramme rufen Empowerment + Normalisierung auf), unter Ausschluss der dritten Linie (Dekonstruktion). Es bestehe, so Boger, eine Grundspannung, ein Grundkonflikt zwischen den drei Zugängen. Das Trilemma-Modell ist auch ein Instrument, um die Widersprüche und Spannungsverhältnisse, die in Teilen bereits in ihren Entstehungszusammenhängen angelegten Konfliktlinien feministischer Kämpfe und Studien neu zu sortieren und neu zu verstehen. In der Geschichte der feministischen Bewegung führte der Umgang mit der in den drei Strategien angelegten Grundspannung vielfach zum innerfeministischen Richtungsstreit (Boger 2017). Dabei reklamierte der jeweilige Zugang für sich, den besten Weg aus der Geschlechterhierarchie zu weisen. Es erfordert aus meiner Sicht stattdessen eine ständige (wohlwollende) Kommunikation zwischen den unterschiedlichen queer-feministischen ‚Denkschulen', um diese Grundspannung konstruktiv bearbeiten zu können: solchen, die sich vorwiegend mit Mitteln der *Normalisierung* (Teilhabe und Zugang) befassen; solchen, die sich überwiegend auf

Empowerment (communitybasierte, standpunkttheoretische Arbeiten) fokussieren und solchen, die sich vor allem der *Dekonstruktion* (verunsicherungstheoretische, trans*feministischen Arbeiten) widmen. Obwohl alle drei ‚Denkschulen' starke gemeinsame Anliegen verfolgen, sind ihre Strategien in bedeutenden Teilen nicht gleichzeitig umsetzbar (Boger 2017). Das erfordert eine stärkere Absprache und auch Arbeitsteilung; im Vertrauen darauf, dass alle drei Zugänge grundlegend sind für die Umsetzung von Intersektionalität (Inklusion/Diversität).

Intersektionale Solidarisierungen angesichts einer polarisierten Gesellschaft

Und nicht zuletzt findet gegenwärtiges intersektionales Antidiskriminierungshandeln, vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie, in polarisierten gesellschaftlichen Verhältnissen statt. Es ergeben sich in Teilen neue Intersektionen der Vulnerabilisierung und neue Angriffsflächen. Dazu gehören auch rechtspopulistische Angriffe auf rassistisch vulnerabilisierte Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Medienmacher*innen, die sich zu Themen intersektionaler Ungleichheit, Diskriminierung und Vulnerabilisierung öffentlich äußern. Mit der Konzeption der „*Situierten Angriffe – Situierten Solidarisierungen*" reagiert die AG Selbstverständnisse/Dekolonialität der Fachgesellschaft für Geschlechterstudien seit 2021 auf die Intersektionen zwischen antifeministischen und anti-schwarzen Dehumanisierungen in rechtspopulistischen Angriffen (Webpräsenz der AG). Mit diesem konkreten Beispiel möchte ich meinen Beitrag schließen. Einerseits ist eine stärkere Präsenz und erhöhte Partizipation zuvor Exkludierter, auch Mehrfachmarginalisierter, in unseren hyperdiversen, postmigrantischen Gesellschaften zu verzeichnen; aber andererseits scheint die Inanspruchnahme öffentlicher Räume und Debatten von Gruppen, die soziohistorisch wenig Macht hatten, zu eskalierenden Reaktionen rechtspopulistisch orientierter Akteur*innen zu führen. Die Intersektionalität dieser situierten Angriffe zu analysieren und sie öffentlich thematisierbar zu machen, mit dem Ziel intersektionale Schutzkonzeptionen zu konzipieren, ist zu einem neuen Gegenstandsbereich feministischer Kritik geworden. Gleichzeitig muss intersektionale Solidarisierung die akademische Strukturiertheit zwar wertschätzen, sie aber auch zunehmend ent-normalisieren und entgrenzen, damit Intersektionalität an den Orten der höchsten Vulnerabilisierung in Gebrauch genommen werden kann und nicht vorwiegend ein Analyseinstrument bleibt. Intersektionalität als Instrument der Bekämpfung und Transformation von Vulnerabilisierung muss stets daran orientiert sein, Gruppen mit wenig sozialer Macht zum Ausgangspunkt ihrer Schutz-, Anerkennungs- und Umverteilungsstrategien zu machen. Sie muss in erster Linie Mehrfachmarginalisierten als Handlungsinstrument zur Verfügung stehen.

Literatur

Auma, Maureen Maisha 2020a: Intersektionale Gerechtigkeit und intersektionale Feminismen: Die Vielschichtigkeit und Überschneidung von Ausschlussprozessen. https://www.asf-ev.de/de/infothek/themen/gender/intersektionale-gerechtigkeit/ [Zugriff: 04.02.2022]

Auma, Maureen Maisha 2020b: #BlackLivesMatter: Social Unsettlement and Intersectional Justice in Pandemic Times. Notes From Black Berlin in the Summer of 2020. https://www.aicgs.org/2020/08/blacklivesmatter-social-unsettlement-and-intersectional-justice-in-pandemic-times/ [Zugriff: 04.02.2022]

Auma, Maureen Maisha 2020c: Zum Rassebegriff im Grundgesetz, Zwei Perspektiven: Für eine intersektionale Antidiskriminierungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2020, 42-44 Anti-(Rassismus). Online: https://www.bpb.de/apuz/316784/zum-rassebegriff-im-grundgesetz-zwei-perspektiven [Zugriff: 04.02.2022]

Auma, Maisha M.; Kinder, Katja; Piesche, Peggy 2021: Kontrapunktische Studien zu Schwarzsein und Schwarzem Europa — Das Schwarze queer-feministische Magazin Afrekete als Wissensarchiv. In: FEMINA POLITICA — Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 2-2021, 30, S. 106-119.

Auma, Maureen Maisha; Kinder, Katja; Piesche, Peggy 2019a: Abschlussbericht des Berliner Konsultationsprozesses 2018 „Die Sichtbarmachung der Diskriminierung und der sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin". In: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (Hrsg.), Schriften der Landesstelle für Gleichbehandlung — gegen Diskriminierung, Berlin. In: Mitteilung — zur Kenntnisnahme — Drucksache 18/2330 Diskriminierung bekämpfen — „International Decade for People of African Descent (2015-2024)" in Berlin umsetzen. Online: https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-2330.pdf [Zugriff: 04.02.2022]

Auma, Maureen Maisha; Kinder, Katja; Piesche, Peggy 2019b: Diversitätsorientierte institutionelle Restrukturierungen — Differenz, Dominanz und Diversität in der Organisationsweiterentwicklung. In: Deutschplus. Initiative für eine plurale Republik 2019, 3, https://www.deutsch-plus.de/wp-content/uploads/2019/12/ifv-1903-auma-kinder-piesche.pdf [Zugriff: 04.02.2022]

Boger, Mai-Anh 2017: Theorien der Inklusion — eine Übersicht. https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/413 [Zugriff: 31.10.2018].

Boger, Mai-Anh 2019: Theorien der Inklusion — Die Theorie der trilemmatischen Inklusion zum Mitdenken. Münster: edition assemblage.

Knapp, Gudrun-Axeli 1997: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis. In: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen — Problemanalysen — Lösungen. Wiesbaden: Gabler Verlag, S. 77-85.

Webpräsenz der AG Selbstverständnisse/Dekolonialität der Fachgesellschaft für Geschlechterstudien: https://www.fg-gender.de/arbeitsgruppen/selbstverstandnis/ [Zugriff 04.02.2022]

Queerfeminismus, queerer Feminismus oder Queer vs. Feminismus?

Über Streitpunkte, Gemeinsamkeiten und Spannungsfelder von Feminismus und queerem Aktivismus

JESSICA WAGNER

Einleitung

Queere und feministische Theorie sowie queerer und feministischer Aktivismus weisen zahlreiche Überschneidungen auf, sei es bezogen auf die in den Feldern aktiven Personen, die zu bearbeitenden Themenfelder oder auf historische Zusammenhänge.

Aus einer antidiskriminierenden Sicht gesprochen, also mit Blick auf gesellschaftliche Wirkweisen von Macht, liegt dem feministischen Engagement der Kampf gegen Sexismus zugrunde. Im queeren Aktivismus wird als Erweiterung davon oft von Cis-/Heterosexismus als Strukturkategorie für gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung gesprochen.

Für mich sind beide Themenbereiche nicht voneinander zu trennen. Im Zusammendenken der Themenkomplexe ergeben sich aber zahlreiche Spannungsfelder, die in der Praxis oft einen gemeinsamen Aktivismus verhindern. In diesem Beitrag möchte ich einige Spannungsfelder vorstellen und mich der Frage nähern, wie solidarische Debattenkultur gelingen kann. Mein Beitrag ist auch ein Plädoyer für einen gemeinsamen Weg und für eine neue Form der Debattenkultur.

Spannungsfelder im queeren und feministischen Aktivismus

Spannungsfelder im queeren und feministischen Aktivismus gibt es zahlreiche; ich werde mich für diesen Beitrag auf lediglich drei Spannungsfelder begrenzen, die derzeit besonders in den Vordergrund treten. Einige dieser Spannungsfelder scheinen neu zu sein, bei genauerer Betrachtung sind sie allerdings oft historisch gewachsen. Daher möchte ich die Aktualität der vorgestellten Debatten eher als eine Kombination aus thematischen Diskursen und einer veränderten Debattenkultur bezeichnen.

Einen ersten Schwerpunkt setze ich auf das Spannungsfeld zwischen identitätspolitischen, queerfeministischen Ansätzen und feministischen Strömungen, die sich eher als materialistisch bezeichnen und unter anderem ein großes Augenmerk auf die soziale Frage legen. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Veröffentlichungen, die sich mit Spannungsfeldern und Streitpunkten innerhalb feministischer und queerer Bewegungen mit dem Schwerpunkt auf identitätspolitische Debatten beschäftigen. Bekanntestes Beispiel ist vermutlich der 2017 herausgegebene Sammelband *Beißreflexe* von Patsy L'Amour laLove. Weitere in diesem Zusammenhang zu nennende Veröffentlichungen sind die Sammelbände *Feministisch streiten* aus dem Jahr 2018, herausgegeben von Koschka Linkerhand und *Triggerwarnung* aus dem Jahr 2019, unter anderem herausgegeben von Eva Berendsen. Diese können in Bezug auf ihren Debattenbeitrag unterschiedlich betrachtet werden. Wichtig finde ich bei der Bewertung dieser Veröffentlichungen vor allem die Frage, die Hengameh Yaghoobifarah in einer Kolumne in der taz vom 03.07.2021 angerissen hat: An wen richtet sich die Kritik und mit welchem Ziel? Geht es darum, wichtige Debatten innerhalb der Community zu führen, oder soll die Community eher vor unbeteiligten Personen von außen bloßgestellt werden? (Yaghoobifarah 2021).

Identitätspolitische Debatten haben viele Facetten. Ich möchte mich hier nur auf eine der Debatten rund um das Thema Geschlecht beziehen, bei der wir uns unter anderem mit dem Spannungsfeld konfrontiert sehen, zum einen real erlebte geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu thematisieren und zum anderen, auf queerfeministischer Seite, binäre Vorstellungen von Geschlecht zu dekonstruieren. Für mich handelt es sich hierbei auch um ein Spannungsfeld, das ich in seinen Facetten als Spannungsfeld zwischen Praxis und Utopie bezeichnen möchte. Nach wie vor erleben Frauen vielfältig strukturelle Diskriminierung und sind massiver Gewalt ausgesetzt. Auch das Thema der reproduktiven Rechte und die Verteilung von Care-Arbeit sind reale Themen für Frauen und Mädchen; oftmals vor allem von jenen, die nicht unbedingt in der queerfeministischen Sphäre verortet sind. Diese Verhältnisse zu thematisieren, halte ich für einen elementaren Bestandteil feministischer Politik. Das wiederum benötigt nach wie vor die klare Berufung auf den Subjektbegriff Frau. Auch eignen sich theoretische Konzepte von Machtdiskursen zwar, um Facetten von Ungleichheit zu beschreiben, die Beantwortung der sozialen Frage benötigt aber ganz klare realpolitische und aktivistische Interventionen, die sich auf die gelebten Realitäten von Mädchen und Frauen beziehen (Linkerhand 2018: 23–30). Queerfeministische Aktivist*innen orientieren sich oftmals an Judith Butlers Konzept der Performativität von Geschlecht, wie sie in ihrer Veröffentlichung *Gender Trouble* von 1990 formuliert ist (Butler 1991: 206–208). Judith Butler hat hier ein vorrangig philosophisches Konzept vorgelegt — zu diskutieren wäre der Anspruch und die Übertragung auf gelebte Praxis. Die queerfeministische und poststrukturalistische Dekonstruktion von Geschlechtern finde ich daher in Ergänzung zu den oben beschriebenen Praxen des feministischen Aktivismus als utopische Perspektive wichtig. Außerdem müssen die real erlebten Diskriminierungserfahrungen von queeren, trans oder nonbinary Personen in der Konsequenz als Diskriminierungsverhältnisse klar benannt und abgelehnt werden.

Das zweite Spannungsfeld, das ich benennen möchte, skizziert eine zentrale Debatte, die gerade in den letzten Monaten wieder verstärkt aufgekommen ist. Es dreht sich um die Frage, inwieweit die Verteidigung von Frauenschutzräumen, Lesbenräumen bzw. generell der Kampf für Frauenrechte mit dem Kampf für gleiche Rechte für trans, nonbinary und inter Personen zusammengeht.

Hier lassen sich zwei Strömungen identifizieren: auf der einen Seite queerfeministische Aktivist*innen und auf der anderen Seite Feministinnen, die eher der zweiten Welle des Feminismus oder im englischen Sprachgebrauch den Radikalfeministinnen (auch *radfems* genannt) zugeordnet werden können. Letztere werden oft negativ konnotiert als *TERFs* (*trans exclusionary radical feminists*) bezeichnet. Populäre Online-Debatten entsponnen sich z.B. um die Autorin J.K. Rowling, die unter anderem in einem Tweet vom 05. Juli 2020 die für trans Personen essenziellen Hormonbehandlungen als Konversionstherapien für homosexuelle Menschen bezeichnete (Rowling 2020). In Deutschland manifestierte sich der Konflikt unter anderem rund um das Lesbenfrühlingstreffen, das vom 21. bis 23. Mai 2021 digital stattfand. Das Programm des Lesbenfrühlingstreffens hatte eine starke radikalfeministische Ausrichtung. So gab es mehrere trans- und/oder queerfeindlich ausgerichtete Workshops. Eher queerfeministisch orientierte Angebote fehlten. Die Veranstalterinnen teilten in einem Statement vom 29. April mit, dass queerfeministisch orientierte Referentinnen angefragt waren, aber abgesagt hatten (LFT 2021).

Zugrunde liegt diesem Konflikt unter anderem die Angst, dass Frauenräume und Kämpfe für die Rechte von Frauen unsichtbar gemacht werden könnten, und stattdessen nur noch queere Identitäten im Vordergrund stehen. Außerdem ist ein weiteres Narrativ des Konflikts, dass Transidentität bei Jugendlichen oft mit der Ablehnung weiblicher Geschlechterrollen zusammenhänge und somit das Patriarchat noch verfestige.

In der Interpretation des Spannungsfeldes sehe ich auch einen Generationenkonflikt. Meine Beobachtung ist, dass junge queere Menschen weniger das Label „lesbisch" für sich nutzen und auch in ihrer Geschlechtsidentität fluider sind. Außerdem haben der Abbau bürokratischer Hürden und mehr Akzeptanz, Aufklärung und vor allem mehr Beratungsangebote dazu geführt, dass es Menschen, die trans sind, früher möglich ist, geschlechtsangleichende Maßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Hier möchte ich dazu aufrufen, die Entwicklungen, Kämpfe und Themen jüngerer Generationen anzuerkennen, auch wenn sie unter Umständen von eigenen Kämpfen abweichen, und diese nicht zu paternalisieren. Allerdings finde ich auch eine Haltung des kritischen Respekts gegenüber Vorreiterinnen-Generationen angebracht. Nicht immer muss eine kritische Position bedeuten, dass das gesamte Lebenswerk der Person abgewertet werden muss. Meine Position in diesem Konflikt ist eine klare Positionierung gegen Transfeindlichkeit und Ausschlüssen von Menschen die trans sind bzw. einen trans Hintergrund haben.

Anknüpfend daran möchte ich das dritte, sehr eng mit dem vorherigen Punkt verknüpfte Spannungsfeld umreißen: nämlich die Frage nach der Gestaltung von Räumen, die Schutzraum, Freiraum, *Safe Space* oder *Safer Space*** sein sollen. Räume, die klassischerweise als Mädchen- oder Frauenräume deklariert waren, sehen sich vor dem Hintergrund queerfeministischer Weiterentwicklungen nunmehr mit der Frage konfrontiert, für welchen Personenkreis genau der angebotene Raum ein Schutzraum darstellen soll. Eine Frage, die sehr komplex ist und sich nicht pauschal beantworten lässt, sondern vielmehr individueller Lösungen bedarf. Eine in diesem Fall für mich, als Organisatorin feministischer und queerer Räume, am einfachsten zu konstatierende Tatsache ist, dass Frauenräume für mich bedeuten, Räume für alle Frauen in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Positionierungen zu sein, egal ob cis oder trans. In einem Interview mit der Stuttgarter Aktivistin Janka Kluge, welches ich am 26.04.2021 auf der Plattform Instagram anlässlich des Tages der lesbischen Sichtbarkeit geführt habe, berichtet sie von ihrem langwierigen Kampf, in Frauen- und Lesbenräumen anerkannt zu werden, mit dem sie sich bereits seit den 1980er Jahren konfrontiert sieht (Queerfeminismus Stuttgart 2021).

** Der Begriff Safe Space wird manchmal im Diskurs kritisch gesehen, da Räume nie komplett sicher sein können. Es soll eher das Streben danach sichtbar gemacht werden, deshalb wurde der Begriff Safer Space eingeführt.

Schwieriger wird es mit weiterführenden Überlegungen, welche z.B. die Berücksichtigung nicht-binärer oder männlicher Identitäten miteinschließt. Viele queerfeministische Angebote wählen z.B. Bezeichnungen wie FLINTA (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Non-Binary, Agender) oder MINTA (Mädchen, Inter, Non-binary, Trans, Agender) und meinen damit alle Personen außer cis Männer. Diese Bezeichnung ist umstritten. So gibt es beispielsweise Männer, die trans sind, diese Formulierung aber diskriminierend finden, da zwischen cis und trans Männern unterschieden wird. Auch die oftmals gewählte Schreibweise Frauen* wird kontrovers diskutiert, da sie von der einen Seite positiv als inkludierend, von ihren Kritiker*innen aber als fehlgeleiteter Versuch gewertet wird, welcher z.B. trans Frauen oder nichtbinäre Menschen zu „Sternchen“ degradiere.

Für mich stellt sich im Moment als einzig möglicher Ansatz, sehr individuell und sehr präzise zu formulieren und gegebenenfalls auch je nach Thema zu unterscheiden, wenn es zum Beispiel um gesundheitliche Themen wie Menstruation oder um Themen wie sexuelle Belästigung oder strukturellen Sexismus geht.

Denke ich prozessorientiert, könnte eine Präzisierung wie folgt vorgenommen werden: Will ich tatsächlich nur Frauen ansprechen, schreibe ich Frauen. Will ich nur Frauen und nicht-binäre Personen ansprechen, welche aber weiblich sozialisiert wurden oder gelesen werden, schreibe ich das so. Möchte ich alle Personen außer cis Männer ansprechen, wähle ich diese Formulierung. Möchte ich nur cis Frauen ansprechen, kann das natürlich ebenfalls so formuliert werden, unter Einbezug der Konsequenzen, dass das Angebot für Menschen mit queerfeministischer oder intersektionaler Orientierung nicht mehr attraktiv ist und als diskriminierender Raum wahrgenommen wird.

Debattenkultur, Solidarität und Gemeinsamkeiten

Die Debatten um die von mir vorgestellten Themen werden oft mit stark verhärteten Fronten geführt. Eine These für die Ursache dieser stark verhärteten Fronten, die mitunter unüberbrückbar zu sein scheinen, sehe ich in einem Zusammenspiel von gesellschaftlicher Machtlosigkeit, moralischem Anspruch und weiblicher Sozialisation.

Der queere und feministische Echoraum hat einen grundlegenden Nachteil gegenüber der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft: Er stellt an sich selbst ungleich höhere moralische Ansprüche, an denen er unweigerlich scheitern muss. Die heteronormative Mehrheitsgesellschaft, im Konkreten patriarchale und kapitalistische Strukturen, haben einen grundlegenden Vorteil gegenüber dem queeren und feministischen Echoraum: wir können sie nicht einfach *canceln*. Dies führt dazu, dass wir unsere Machtlosigkeit in Macht transformieren, indem wir *Bubbles* mit unerreichbar hohen Moral- und Fehlerlosigkeitsansprüchen schaffen, welche in

Einzelfällen auch mit Sanktionen verbunden sein können. Der Begriff *Cancel Culture* ist in den letzten Monaten in aller Munde. Meine Beobachtung ist, dass dies ausschließlich als Machtinstrument für ebenfalls benachteiligte Personen aus der eigenen oder ähnlichen Community in Betracht kommt. Personen mit gesellschaftlicher Macht können wir niemals *canceln*. Gesellschaftliche Macht haben wir durch diese Praxis darüber hinaus keineswegs erreicht. Vielmehr profitieren Patriarchat und Kapitalismus von einer aktivistischen Blase, die sich selbst zerfleischt.

Eine weitere Beobachtung in diesem Zusammenhang ist, dass wir diese Debatten innerhalb von Communities vor allem in weiblichen und queeren Räumen vorfinden. Ich habe nicht den Eindruck, dass Männergruppen oder Schwulenverbände ähnliche Debatten führen. Und auch hier greifen wieder gesellschaftliche Rollenzuschreibungen, indem Frauen und queere Personen deutlich höhere moralische Ansprüche an sich selbst stellen bzw. diese von außen an sie herangetragen werden.

Eine zweite These möchte ich rund um die Debattenkultur, die sich durch Social Media, also durch die Erweiterung von Debattenräumen entwickelt hat, zur Diskussion stellen.

Durch die Nutzung sozialer Plattformen wird es deutlich mehr Personen ermöglicht, an politischen Debatten teilzuhaben oder Wissen über diese zu erlangen, was definitiv als positiv zu bewerten ist. Allerdings ergeben sich im Diskursaum Social Media einige Irrtümer, welche sich auch auf den Offline-Raum übertragen. So ist es zum einen auf Social Media schwer zu unterscheiden, ob ein Debattenbeitrag eine Einzelmeinung repräsentiert oder zum Beispiel ein offizielles oder wissenschaftlich fundiertes Statement ist. Dies ist beim Thema Spannungsfelder fatal; vor allem wenn Einzelmeinungen als Konsens eingeschätzt werden. Als Beispiel möchte ich *Sharepics* wie: „Sag bitte nicht ...“ oder auch „10 Dinge, die du nicht über ... sagen solltest“ nennen, die eine Person über sich selbst erstellt hat und als sogenannte Infographic auf Social Media teilt. Hier möchte ich exemplarisch ein Sharepic mit dem Titel „Welche Formulierungen in Bezug auf Trans* immer noch verwendet werden, obwohl sie falsch und furchtbar sind“ auf der Instagram-Seite des Musikers Henri Maximilian Jakobs anführen. Er schreibt unter anderem: „Sagt Bitte nicht: Transsexuell. Sagt Bitte: Trans* oder Transgender“ (Jakobs 2020). Dies ist absolut valide, jedoch gibt es über die von ihm als richtig dargestellten Begrifflichkeiten innerhalb der trans Community keine Einigkeit. Indem der Beitrag aber weitreichend geteilt wird, entsteht der Eindruck, es handle sich um allgemeingültige Positionen, was wiederum dazu führt, dass Personen, die z.B. Ally sein wollen, aus Unwissenheit beziehungsweise guter Intention heraus einseitige Positionen entwickeln.

Auch habe ich als Nutzerin von Social Media keinen Einblick, ob Beiträgen weitreichende Abwägungsprozesse vorausgegangen sind, oder ob es bestimmte Beweggründe für die verwendeten Formulierungen gibt. Die Debattenkultur auf Social Media lädt dazu ein, sehr schnell vorzuverurteilen und Beiträge zu kritisieren. Außerdem verschwimmen die Grenzen von Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und interessierten Personen. Deutlich kritisieren möchte ich an dieser Stelle, dass sich Personen, die aktiv zur Veränderung der Gesellschaft beitragen wollen, von allen Seiten Kritik ausgesetzt sehen — oftmals von Personen, die selbst keinen Aktivismus betreiben und als reine Kritiker*in natürlich in einer gleichsam bequemeren Position sind. Sehr anschaulich finde ich dazu das Sharepic des Instagram-Accounts @*hardfemmelessons*. Sie schreiben als ironische Zuspitzung des oben skizzierten Instagram-Aktivismus: „Are they an activist or do they just self-victimise and repost infographics?”*** (hardfemmelessons 2020).

*** Ist die Person Aktivist*in oder stilisiert sie sich nur selbst als Opfer und repostet Infografiken?

Die Konsequenz ist, dass sich aktivistische Personen zum Teil wieder komplett aus dem digitalen Raum und/oder ihrem gesamten aktivistischen Engagement zurückziehen mussten. Auch Personen, die ggf. nicht aus eigener Betroffenheitsperspektive heraus argumentieren können oder wollen, schweigen lieber, anstatt sich einem Shitstorm auszusetzen.

Eine weitere schwierige Entwicklung auf Social Media sind sogenannte *Calling Outs* und eine damit verbundene Absolutheit in der Bewertung von Meinungen bzw. Personen. Ich kritisiere hier explizit Calling Outs von Personen innerhalb der Community und nicht das Calling Out von gesellschaftlich machtvollen Personen. Was bei dieser Praxis verloren geht, ist zum einen die Einsicht, dass Positionen von Menschen auch wandelbar sind, und dass mir als Social Media-Nutzerin unter Umständen wichtiges Hintergrundwissen über die schreibende/sprechende Person fehlt, um ihre Positionierung richtig einsortieren zu können. Hier wäre es ratsam, in der Schnelligkeit von Debatten einige Gänge zurückzuschalten und vor dem Weiterverteilen von Beiträgen zunächst Hintergrundinformationen einzuholen. Hannah Arendt, die heute sicherlich Gegenstand einiger Shitstorms wäre, formulierte in den 1950er Jahren Folgendes, was ich übertragen auf die heutige Zeit in der Bewertung von Social Media-Debatten sehr hilfreich finde:

> „Einsicht in einen politischen Sachverhalt heißt nichts anderes als die größtmögliche Übersicht über die möglichen Standorte und Standpunkte, aus denen der Sachverhalt gesehen und von denen her er beurteilt werden kann, zu gewinnen und präsent zu haben.“ (Arendt & Ludz 2003: 97)

Eine wunderbare Innenansicht in diese Debattenkultur on- und offline bietet im Übrigen auch der 2021 erschienene Roman *Identitti* von Mithu Sanyal.

Die eben bereits zitierte Hannah Arendt hat darüber hinaus stets den politischen Streit und die Kontroverse als positiv betont. Für sie war das Interesse an unterschiedlichen Positionen und vor allem die Begegnung von Menschen unabdingbarer Teil politischer Debatten bzw. eine Notwendigkeit für die Weiterentwicklung von Positionen, begleitet von dem Interesse, verstehen zu wollen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Positionen zu äußern und diese ggf. nach einer Auseinandersetzung auch wieder zurückzunehmen (Arendt, Heredia &Knott 2010; Arendt et al. 2016).

Meine dritte These soll gleichzeitig ein Ausblick und ein Plädoyer für Bündnisse und Handlungsfähigkeit von queerem und feministischem Aktivismus sein; denn ich bin überzeugt, dass Bündnisse möglich sind, um die zwingend notwendige Handlungsfähigkeit zu stärken.

Die Gruppe Queerfeminismus Stuttgart e.V., in der ich seit fünf Jahren Mitglied bin, verfolgt genau den oben beschriebenen Ansatz. Unsere Ausrichtung beschreiben wir als queer und feministisch. Das heißt in unserer Themensetzung, dass wir sowohl diskriminierende und gewaltvolle Verhältnisse von Frauen wie z.B. Femizide oder den Paragrafen 218 bekämpfen, aber auch Veranstaltungen gegen Trans- und Queerfeindlichkeit durchführen. Bezogen auf unsere Bündnisfähigkeit kooperieren wir sowohl mit materialistisch orientierten Frauengruppen (z.B. beim Thema reproduktive Rechte) als auch mit queeren Institutionen (z.B. Christopher Street Day). Zudem versuchen wir in unseren Angeboten so viele Lebenswelten wie möglich sichtbar zu machen (zum Beispiel cis, trans oder nonbinary). Wir beleuchten Machtverhältnisse wie Hetero-/Cis-Sexismus, Rassismus und Klassismus, supporten aber auch Bündnisse, die aktive Realpolitik zur sozialen Frage vorantreiben. Wir kooperieren vor allem themenbezogen mit Gruppen, die zu einem bestimmten Thema eine ähnliche Position haben und können dann auch Differenzen, die bei anderen Themen bestehen, stehen lassen.

In unserem Fall ist daher eine Gleichzeitigkeit der Benennung des Subjekts Frau, als auch der Anerkennung nicht-binärer oder queerer Identitäten absolut möglich.

Für eine gemeinsame Handlungsfähigkeit halte ich darüber hinaus die Unterscheidung zwischen moralischer Bewertung und politischer Notwendigkeit für unabdingbar. Queerer und feministischer Aktivismus gehen zusammen, wenn man sich von der Idee verabschiedet, für alle inhaltlichen Auseinandersetzungen die perfekte Lösung zu finden — denn die gibt es nicht. Oftmals fehlt es auch an Mut, Situationen

komplex zu analysieren, und zwar auch außerhalb von Erklärungsmustern gesellschaftlicher Machtverhältnisse oder der sehr vereinfachten Einteilung in Gut und Böse. Auch dies könnte zu einer Entspannung beitragen.

Nichtsdestotrotz gibt es auch klare Grenzen für Bündnisfähigkeit, wie zum Beispiel die Frage danach, ob Personen bereit sind, unterschiedliche Positionen zuzulassen, oder ob diese eine ganz klare Agenda gegen abweichende Standpunkte fahren; ebenso wie die Frage, ob Personen ihre Position argumentieren können, ohne zu verletzen oder zu diskriminieren. Dazu zählt für mich auch die uneingeschränkte Anerkennung von Pronomen oder Geschlechtern. Relevant ist ebenfalls, ob Personen bereit sind, gemeinsam zu lernen und zu wachsen oder in einer verhärteten Position feststecken, so dass keine gemeinsame Entwicklung möglich ist. Außerdem ist nicht jeder Raum für jede Position geeignet. Sich dann mit der eigenen Position zurückzunehmen und Widersprüche zu akzeptieren, ist eine weitere Lernleistung für einen gelingenden Diskurs.

Ausblick

Abschließend möchte ich Leah Czollek und Gudrun Perko mit einem Zitat aus einem Artikel auf ImBlog.at vom 21.09.2021 zitieren. Ihr Zitat bezog sich auf innerjüdische Debatten und den Kampf gegen Antisemitismus. In Bezug auf meine vorangegangenen Ausführungen finde ich es in diesem Zusammenhang ebenfalls passend. Sie schreiben: *„Wir tun gut daran, die Feinde dort zu sehen, wo sie sind, und unsere Kräfte gegen sie zu bündeln“*. Übertragen auf das Thema dieses Beitrags lautet also mein abschließender Ausblick ebenfalls, den Blick weg von Debatten innerhalb von Communities wieder mehr nach außen zu richten und unsere Kräfte zu bündeln im gemeinsamen Aktivismus gegen Patriarchat, Sexismus und Queerfeindlichkeit.

Literatur

Arendt, Hannah; Heredia, David; Knott, Marie Luise 2010. Der Briefwechsel. Berlin: Jüdischer Verlag.

Arendt, Hannah; Kohn, Jerome; Bormuth, Matthias; Kalka, Joachim 2016: Sokrates. Apologie Der Pluralität. Berlin: Matthes & Seitz.

Arendt, Hannah; Ludz, Ursula (Hrsg.) 2003: Was Ist Politik? München: Piper.

Berendsen, Eva; Cheema, Saba-Nur; Mendel, Meron 2019: Trigger Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen. Berlin: Verbrecher Verlag.

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

hardfemmelessons 2020: Stayhard. „Are They an Activist or Do They Just Selfvictimise and Repost Infographics". https://www.instagram.com/p/CUzBTrx-l1f8/ [Zugriff: 18.12.2021]

Jakobs, Henri Maximilian 2020: Henry_maximilian_jakobs. „Welche Formulierungen in Bezug Auf Trans* Immer Noch Verwendet Werden.". https://www.instagram.com/p/CHODJNnnuCl/ [Zugriff: 22.12.2021]

L'Amour laLove, Patsy 2017: Beißreflexe. Kritik an Queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. Berlin: Querverlag.

LFT 2021: Statement der Orga. https://lft2021.de/statement-der-orga/ [Zugriff: 18.12.2021]

Linkerhand, Koschka 2018: Feministisch Streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen. Berlin: Querverlag.

Perko, Gudrun; Czollek, Leah Carola 2021: Wir tun gut daran, die Feinde dort zu sehen, wo sie sind. Zur Causa Max Czollek. https://www.imblog.at/wir-tun-gut-daran-die-feinde-dort-zu-sehen-wo-sie-sind-zur-causa-max-czollek/ [Zugriff 18.12.2021]

Queerfeminismus Stuttgart 2021: Live Talk zum Lesbian Visibility Day. https://www.instagram.com/tv/COl_zaVKS-B/?hl=de [Zugriff: 22.12.2021]

Rowling, J. K. 2020: Jk_rowling. Many, Myself Included, Believe We Are Watching a New Kind of Conversion Therapy for Young Gay People, Who Are Being Set on a Lifelong Path of Medicalisation That May Result in the Loss of Their Fertility and/or Full Sexual Function. https://twitter.com/jk_rowling/status/1279756114981240834 [Zugriff: 18.12.2021]

Sanyal, Mithu M. 2021: Identitti. München: Carl Hanser Verlag.

Yaghoobifarah, Hengameh 2021: Debatten Innerhalb Communitys: Zwischen Kritik und Schadenfreude. https://taz.de/Debatten-innerhalb-Communitys/!5779284/ [Zugriff: 18.12.2021]

Perspektiven der Teilnehmer*innen zu einer feministischen Debattenkultur von Verständigung und Konflikt

Aufbauend auf spannende Vorträge im Plenum konnte das Tagungsthema in Werkstätten vertieft und im Anschluss gemeinsam im Plenum diskutiert werden. Im Vortrag von Barbara Stiegler zeigte der Blick in die Geschichte der (westdeutschen) feministischen Bewegungen und der damit zusammenhängenden Gleichstellungspolitiken die Spannungen, die immer wieder, gerade beim Thema Kooperation, aufgetaucht sind und nicht immer gelöst werden konnten. Maisha Auma zeigte die intersektionale Vergessenheit der Bewegung(en) auf und verwies auf die verschiedensten Diskriminierungen im Zusammenspiel, die in den Auseinandersetzungen und vermeintlichen Gewissheiten der Positionierungen häufig außen vor bleiben. Jessica Wagner skizzierte die Suche nach queeren und feministischen Gemeinsamkeiten und zeigte Konflikte und Spannungen im queerfeministischen Spektrum auf.

Für die Vertiefung des Tagungsthemas wurden drei Werkstätten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen angeboten sowie eine zusammenführende Diskussion im Format einer *Fishbowl*: Vertreter*innen aus jeder Werkstatt konnten ihre Erkenntnisse und Fragen aus der jeweiligen Werkstatt einbringen und miteinander austauschen. Für die Werkstätten wurden drei verschiedene Zugänge zu zentralen Themen feministischer Politik gewählt, die für die Thematiken des Umgangs miteinander und der Kommunikation sowie Fragen nach den politischen Strategien und Visionen für ein gerechtes Leben für alle Anschlüsse bieten:

1. *„My body, my choice“* — Körper, Lebensformen, Selbstbestimmung
2. *„Can the subaltern speak?“* — Sprache, Macht, Repräsentation
3. *„Das Private ist politisch“* — Politische Formen und Räume der Artikulation von Interessen

Im Fishbowl-Gespräch verbanden sich die Berichte aus den thematischen Werkstätten mit einem gemeinsamen Weiterdenken über Ziele und Perspektiven zu einer (feministischen) Kultur von Konflikt und Verständigung.

In diesem Beitrag werden aus den thematischen Werkstätten zunächst einige weiterführende Überlegungen pointiert zusammengefasst und anschließend wichtige Gedankenimpulse aus der weiterführenden Diskussion dargestellt.

Aus Werkstatt 1:
„My body, my choice“ — Körper, Lebensformen, Selbstbestimmung

Die Annäherung an Konfliktlinien um das Thema Körper und körperliche Selbstbestimmung führte die Beteiligten über die Bereiche der Sexarbeit zu Care-Arbeit und Mutterschaft, sowie reproduktive Medizin bis hin zu körperlichen „Inszenierungen“ wie Schönheits-Operationen, Schminken, Schick-Sein. Auch die Perspektiven von trans Personen wurden thematisiert. Diese Stränge mündeten in die spannende Frage nach Vorstellungen von **‚Sexpositivität‘** — als einer Vision, sich von den Zwängen und Auseinandersetzung mit den prägenden und ausgrenzenden (körperlichen) Normen zu befreien. Im Vordergrund stand damit die (kritisierte) Praxis der häufigen Generalisierungen und Verurteilungen, die suggerieren, dass eine hundertprozentige Selbstbestimmung möglich sein müsse. Häufig erleben wir in diesem Zusammenhang ‚Verbots‘-Diskussionen, eine Haltung des Absoluten (ganz oder gar nicht) — insbesondere in Bezug auf Sexarbeit / Prostitution. Stattdessen plädierten die Teilnehmenden dafür, mehr zu differenzieren, Zwischentöne wahrzunehmen, diesen Raum zu geben und zu versuchen, der Polarisierung und Absolutierung entgegenzutreten. Damit verbindet sich die Idee, mehr *mit* Betroffenen zu reden, statt *über* sie. Das würde bedeuten, die *ganze* Vielfalt von Erfahrungen und Lebensrealitäten wahrzunehmen. Die Vision wäre eine Gesellschaft, in der nicht mehr so moralisch aufgeladen gesprochen werden müsste und in der es um eine entspannte Positivität im Umgang mit Sexualität und (Inszenierungen von) Körperlichkeit ginge.

Die **weiterreichende Perspektive** aus diesem Workshop wendet sich dem Blick auf Utopien zu (wie auch Barbara Stiegler mit ihrem Plädoyer für die Zielperspektive statt der Grabenkämpfe) und schlägt vor, sich mehr damit zu beschäftigen, wie wir leben wollen, wohin wir kommen möchten — und sich weniger an den Normen abzuarbeiten, die im Moment gerade so häufig gegeneinander ins Feld geführt werden.

Aus Werkstatt 2:
„Can the subaltern speak?“ — Sprache, Macht, Repräsentation

Ausgangspunkt der Diskussion war für die Teilnehmenden die Existenz von marginalisierten Gruppen aus unterschiedlichsten Diskriminierungsverhältnissen, die nicht gehört werden, sich nicht artikulieren dürfen oder können. Festgestellt wurde, dass für eine Gegenstrategie „nur Zuhören“ (was oftmals schwer genug ist) nicht ausreichend sei. Vielmehr müssen wir uns mit der Frage befassen: Was können wir konkret *machen*, um Macht abzugeben, um (andere) Menschen sprachfähig, sprechfähig zu machen? Verschiedene Praktiken des Teilens wurden unter dem Begriff des **Powersharing** gesammelt: Wissen teilen, aber auch Netzwerke, Kontakte nutzen oder weitergeben oder aber weitergehende Rücktritte bei Stellenbesetzungen (Soll ich meine Stelle aufgeben für eine andere Person...?). Diese Praktiken bedeuten, dass privilegiertere Personen ihre Ressourcen teilen oder Privilegien nutzen, damit andere Menschen Zugänge dazu haben. Allerdings darf auch die Beteiligung derjenigen, denen dies zugutekommen soll, nicht vergessen werden; sonst besteht die Gefahr einer weiteren Bemächtigung (oder auch Beschämung?).

Als wichtiger Aspekt wurde ebenso deutlich, dass es eine Falle bleibt, wenn das Powersharing nur als Teilungspraxis von sowieso tendenziell Unterprivilegierten gelebt wird. Es sind ja doch strukturelle Grenzen, die die Ressourcen für Power markieren — und diese müssten angetastet werden. Ein konkretes Beispiel, das bereits im ersten Vortrag angesprochen wurde, ist die Jugendarbeit. Die sowieso nicht gut ausgestattete feministische Mädchenarbeit soll sich nun auch für die LSBTTIQ-Arbeit öffnen (will sie auch), aber damit verschmälert sich das Budget der Mädchenarbeit, indem noch weitere Zielgruppen mitberücksichtigt werden. Ihre eigene Solidarität bringt die feministischen Pädagog*innen dann in Konflikte. Um die Verteilungskämpfe innerhalb von benachteiligten oder sowieso schon marginalisierten Gruppen nicht zu vertiefen (und der Mainstream schaut sich das belustigt an), geht es auch darum, den breiten, nicht-reflektierenden Jugendarbeitsraum in diese Verteilungskämpfe einzubeziehen.

Die **weiterreichende Perspektive** aus diesem Workshop zielt auf das genaue Hinsehen, wo Verständigungskonflikte innerhalb der Bewegung auch dadurch entstehen, dass alles innerhalb der Bewegung(en) geschafft werden „muss“, anstatt dass der Kampf die Grenzen überschreitet und in einen größeren Kampf mündet — wenn Solidarität (Powersharing) nicht die pure Überforderung oder lediglich individuelle Geste sein soll.

Aus Werkstatt 3:
„Das Private ist politisch“ — Politische Formen und Räume der Artikulation von Interessen

Die Teilnehmenden bemerkten bei der Sammlung unterschiedlicher Bereiche, in denen das Private als Politisches vorkommt oder vorkommen sollte (!) (z.B. Abtreibung, Sexualität, überlastete Mutterschaft, Unbehagen gegenüber den Anforderungen der *Political Correctness* usw.), dass viel weniger darüber geredet wird als „früher“. Ein breites Brainstorming zu den inhaltlichen Themen, wie das Private mit dem Politischen zusammenhängt, führte letztlich zu der übergreifenden Frage der (tabuisierenden) Kommunikation unter „uns“. Warum reden wir nicht darüber?

Haben wir früher vielleicht viel politischer über Persönliches oder viel persönlicher über Politisches geredet?

Zwei Entwicklungen wurden zur Beantwortung dieser Frage in Anschlag gebracht: Zum einen greift der Neoliberalismus dermaßen in unsere Verständigungen ein, dass jede und jeder nach dem eigenen Erfolg sucht und ein „Scheitern“ oder Ungenügen nicht „salonfähig“ scheint. Zum anderen geben wir uns zunehmend weniger Raum für Ambivalenzen, für Widersprüchliches und für Verschieden-Sein (wie im zweiten Vortrag auch schon bedacht wurde). Die Kommunikation ist bestimmt vom Rechthaben, von Vereindeutigungen — wir haben es verlernt, Widersprüchliches auszuhalten. Schnell ist der Raum mit der Sortierung in verschiedene „Lager“ besetzt und bietet keinen Platz für das Dazwischen (ähnlich wie es auch im ersten Workshop angesprochen wurde). Die Teilnehmenden identifizierten das starke Bedürfnis nach Anerkennung, die offensichtlich so fragil ist, dass nichts mehr riskiert wird; identifizierten auch das Bedürfnis, für alles, was gesagt wird, eine Bestätigung zu bekommen bzw. die Strategie, Riskantes/Kritisches/Unsicheres lieber nicht mehr zu sagen und/oder sich abzuspalten. Der Umstand, dass hier strukturelle Momente das „Ungenügen“ bedingen können, verschwindet auf diese Weise im Sprechtabu.

Ein (eher wenig spektakuläres) Beispiel war die Erfahrung einer Teilnehmerin, die bei einer Tagung zu Frauenbildung erlebte, dass alle Teilnehmerinnen* wie selbstverständlich davon sprachen, nicht-angemeldete „Putzfrauen*“ zu beschäftigen — ohne dies infrage zu stellen. Die Teilnehmerin selbst fand nicht den Mut, hier ein Fragezeichen anzubringen, sondern schwieg. Niemand hat sich riskiert, die unhinterfragte Anerkennung blieb erhalten, die politische Seite solcher Befunde blieb außen vor (obwohl es vielleicht ein Anfang hätte sein können, über die überbordenden Care-Ansprüche zu sprechen, oder über die fatalen Fallen der *Care Chain* etc...). Gerade die nicht spektakulären Bereiche der Alltagspraxis sind offensichtlich (mittlerweile?) weniger sprechbar als die hoch aufgeladenen Konfliktthemen in den Antidiskriminierungsdiskursen.

Die **weiterreichende Perspektive** aus diesem Workshop war letztlich das Plädoyer dafür, mehr über den Alltag zu sprechen und sich dabei über Positionen auseinanderzusetzen und nicht über Personen — also Position und Person nicht automatisch gleichzusetzen, was die (gegenseitige) Anerkennung erhalten würde und damit die Möglichkeit fördert, die Strukturthemen in den gelebten Praxen wieder besser identifizieren zu können.

Weiterführende Diskussion

Deutlich erkennbar wurde durch alle Workshops hindurch die Frage nach der Utopie (oder weiterführenden Idee) gestellt: wie wir leben wollen, wenn wir uns nicht ständig in Kategorien einteilen, Konflikte eskalieren und diese zugleich verschleiern wollen, anstatt sie in Vertrauen *auszutragen*. Das bedeutet anzuerkennen, dass ein Leben ohne Widersprüche respektive Ambivalenzen nicht möglich ist und diese somit zu erkennen, produktiv in unsere Umgangsweisen aufzunehmen und damit zu leben. Das bedeutet aber auch, diese zugleich als Ausgangspunkte für Erkenntnis, Kommunikation und politische Strategien zu nutzen — und nicht als Ausgangspunkte für persönliche Diffamierungen, Cancel-Prozesse etc. Somit geht es auch wesentlich um die Identifizierung gemeinsamer, wichtiger Themen (und indirekt auch die Thematisierung des Ausschlusses von bestimmten Themen), um das ‚Zulassen‘ unterschiedlicher Lebensformen und deren Anerkennung. Das Nachdenken über unsere Art der Kommunikations- bzw. Begegnungsformen ist nicht banal, sondern letztlich eine Grundlage für politische Solidarität.

Die sehr engagiert geführte Diskussion wird hier aus Gründen der Verständlichkeit nach Anknüpfungspunkten sortiert, gleichwohl sehr deutlich wurde, wie alles mit allem zusammenhängt und letztlich bei jedem Unterpunkt das Ganze des Themenspektrums aufgerufen wird.

Räume der Auseinandersetzung und das gemeinsame Ziel

Aus dem Gedanken heraus, Widersprüche zuzulassen und sich damit weniger rigoros und dafür toleranter zu begegnen, entsteht einerseits eine gewisse Offenheit und nicht zuletzt Gelassenheit, auch Unterschiede und Unperfektes in der Verständigung zu akzeptieren. Aber: Eigentlich will frau diese Widersprüche ja gar nicht aushalten müssen, sich sozusagen „ausruhen“ darauf, dass es nicht anders geht. Denn wir werden in Widersprüche hineingezogen und das erfordert eine sehr genaue Analyse der Prozesse von Verwicklungen, Unehrlichkeiten und Kompromissen, wozu dann unbedingt auch „das Strukturelle“ betrachtet werden sollte. Das bedeutet, wenn wir Widersprüche aushalten, ohne zu analysieren, woher sie kommen und warum wir sie nicht lösen können — also ohne strukturelle (und politische) Analyse —, führt dies zu Verdeckungen und Mittäterschaften. Platt gesagt, ist ja eigentlich der Neoliberalismus unser gemeinsamer „Feind“ (nicht Mitstreiter*innen, die irgendwie anders leben als wir selbst...). So wird dafür plädiert, uns lieber über unsere größeren gemeinsamen Ziele zu verständigen.

Dennoch blieb dieser Vorschlag anstößig, weil auf diese Weise reale Konflikte auch wieder verdeckt werden könnten. Haben wir wirklich das gleiche Ziel bzw. wer definiert denn das gleiche Ziel? Ist z.B. die queere Frau* wirklich mitgedacht in der Frauenpolitik? Eher könnten wir sagen, dass wir oft durchaus in gleiche Richtungen arbeiten, aber deswegen stehen wir nicht immer „unter dem gleichen Dach“.

Da hilft es vielleicht, manchmal kleinteiliger zu denken im Sinne von „In welchen Bereichen haben wir denn tatsächlich ein gleiches Ziel und können auch mit anderen mitgehen?“ und zugleich Bereiche zu identifizieren, in denen Unterschiede bestehen. So könnten wir schlussfolgern, dass wir uns auf einer Ebene die Anerkennung geben und Gemeinsamkeit üben („Wir treten alle herrschaftskritisch an“), damit wir uns auf der anderen Ebene genauer auseinandersetzen können mit Unterschieden und Verletzungen.

Bedingungen für einen anderen Blick: Vertrauen und Wohlwollen

Eine solche Umgangsweise geht nur unter bestimmten Bedingungen. Trauen wir uns eigentlich, über das zu reden, bei dem wir unterschiedlicher Meinung sind? Trauen wir uns zu fragen, wenn wir Begriffe nicht verstehen oder über bestimmte (scheinbare) Selbstverständlichkeiten irritiert sind? Was brauchen wir, damit das ginge? Zunächst gilt es wahrzunehmen, dass es schon den Konflikt in der eigenen Person gibt (Widersprüche) und sodann zu wagen, ihn zu benennen und anzuerkennen — sich zu riskieren — und zugleich zu analysieren, dass dieser Konflikt (meistens) nicht an der Person selbst liegt, sondern die Strukturen, die „größeren Verhältnisse“ und die normativen Eingrenzungen hier eine Rolle spielen. Das entlastet, kann Mut machen und zur Suche führen, wo denn die anderen sind, die ähnliches empfinden? Das würde bedeuten, nicht nur das Ziel zu besprechen, sondern auch den Konflikt, den jede selbst damit hat. Dahin zu kommen, wäre ein erster Schritt. Und der lässt sich eigentlich nur dann machen, wenn wir grundsätzlich wohlwollend aufeinander zugehen.

Dafür müssen wir ein Vertrauen herstellen/praktizieren in dem Sinne, dass wir aktiv akzeptieren, dass wir ja alle kämpfen. Und wir müssen anerkennen, dass jede von uns Widersprüche hat und dass wir manche Sachverhalte wissen, andere Sachverhalte nicht wissen. Es wäre an der Zeit, offener und angstfreier auch wieder aufzudecken, wo es Unterschiede unter uns gibt, denn auch das gehört zu den Tabus. In diesem Sinne gilt es, sich nicht sofort gegenseitig einzusortieren. Kaum ist etwas über die Lippen gekommen, schon steckt es in einer Schublade. Das zerstört Vertrauen. Nur wenn wir uns trauen zu zeigen, wo die Fragen, die Widersprüche sind, können wir vorwärtskommen. In diesem Sinne wurde deutlich, was für ein hochpolitisches Kriterium Vertrauen ist.

Und ja, das ist anstrengend. Wo finden wir die Energie? Wir brauchen geeignete Räume der Auseinandersetzung und Räume des Rückzuges, die uns jeweils stärken. Und das sind nicht dieselben Räume! Das sollte unterschieden werden.

Bündnisfähigkeit

Mit dieser Perspektive wird deutlich, dass es nicht um eine Gemeinsamkeits-„Soße" geht, die über alles gegossen werden soll, sondern um Bündnisfähigkeit. Es ist eher nicht möglich, *eine* große Bewegung, *eine* große Community zu schaffen, in der viele Positionierungen und Widersprüche nebeneinander existieren können. Sondern es geht darum, verschiedene Gruppen, die aber in bündnisfähig und -willens sind, zu bestimmten Themen zu bilden. Dazu müssen wir nicht alle das Gleiche wollen, aber als politisches Instrument sollte diese Bündnisfähigkeit stärker in den Fokus genommen werden.

Dabei kann selbst(!)kritisch gefragt werden, was denn ins eigene Blickfeld gerät? Wen sehe ich? Mit wem verbünde ich mich? Das ist manchmal auch sehr ausgehend von mir selbst und meiner eigenen Erfahrung. Und so ist die Frage wichtig, wie eigentlich auch diejenigen in den Blick zu bekommen sind, die den eigenen Erfahrungshorizont nicht abdecken?

Individualisierung

Dies ist in der (Post)Moderne schwieriger geworden, in einer Zeit, in der die Individualisierung so weit vorangeschritten ist, dass wir eher mit unserer Therapeutin oder in einem professionellen Kontext offen reden als mit „unseren feministischen Brüdern und Schwestern", wie eine Teilnehmerin bemerkte. Uns ist da möglicherweise etwas verloren gegangen, was Selbsterfahrungsgruppen einmal konnten. Individualisierung verliert den Blick für andere, die nicht gleich sind und führt zu Stummheit über uns selbst (wenn es um mehr als eine positive — oder leidende — Selbstdarstellung geht) und dazu, uns gegeneinander aufbringen zu lassen, anstatt den *Gegner* wahrzunehmen.

Wer ist der Gegner?

In den aktuellen modernen, von Governance und Kooperationen geprägten Zeiten ist es schwierig, „den Gegner" auszumachen, denn „das sind ja alles Kräfte, die im ganzen System miteinander arbeiten", wie von den Teilnehmer*innen festgestellt wurde. Somit wurde klar, dass es in erster Linie nicht (nur?) Personen in bestimmten Positionen sind, sondern dass es strukturell um den Zugang zu Ressourcen und die Bestimmung darüber sowie generell die Fragen des Einflusses geht.

Wie benennen wir das eigentlich, wo diese Behinderungen liegen, wo diese Strukturen sich im Geheimen verbergen, aber eben doch eindeutig in der politischen Verantwortung verortet sind? Das war eine der bewegenden Fragen.

Häufig kämpfen marginalisierte Gruppen gegeneinander um dieselben Ressourcen, weil nur ein Topf in bestimmter Höhe für die jeweiligen Anliegen da ist. Sich hier nicht in die Falle locken zu lassen und sich gegenseitig abzugrenzen, sondern gemeinsam einen weiteren Topf zu fordern, wäre eine solidarische Strategie, die es ablehnt, in Gegnerschaft zu Ähnlichen gebracht zu werden. In diesem Zusammenhang wurde auch von Erfahrungen berichtet, dass es ein Druckmittel sein kann, wenn wir eine gemeinsame Stimme haben bezüglich einer konkreten Sache.

Eine andere (oder ergänzende) Strategie könnte die Suche nach Gemeinsamkeit in anderen Bereichen sein. Beispielsweise brauchen viele Gruppen Daten, die die Kommune bereitstellen müsste, was sie aber nicht tut, usw. Es gibt bestimmt gemeinsame Interessen, ganz kleinteilig, die bezüglich dieses Punktes zu einer gemeinsamen Stimme führen könnten und die Erfahrungen von strategischem Zusammenschluss fördern.

An einem anderen Beispiel, der Politik gegen häusliche Gewalt, zeigte eine Teilnehmerin das Dilemma auf, dass sich diejenigen, die sich (sozialpädagogisch) damit beschäftigen, in einer bestimmten fachlichen Nische bewegen und innerhalb dieser

Nische ihre Ressourcen einfordern etc. Sie sind somit zum Teil des Systems geworden. Um aber am Thema der Gewaltvorkommnisse (und nicht nur der Schutzangebote *nach* dem Geschehen) voranzukommen, müsste es in die politische Arena gebracht werden und somit raus aus der fachlichen Nische (was manchmal ja auch gelingt). Es geht also darum, die Träger*innen von Frauenhäusern (bzw. Finanziers) nicht als „Gegner" zu stilisieren und dennoch bewusst zu halten, dass der Kampf um den Erhalt einer (feministischen) Einrichtung nicht genau dasselbe Interesse verfolgt wie die politischen ‚Bewegungen' gegen Gewalt an Frauen.

Noch ein weiterer Aspekt zu der Frage, wo und wer „der Gegner" ist, wurde aufgeworfen: Manche Menschen in Macht- und Entscheidungspositionen sind auf der öffentlichen Bühne vielleicht offen für Forderungen der Initiativen, können aber gleichzeitig in verborgenen Teilnetzwerken der Gewalt aktiv sein. Der Gegner tarnt sich.

Wie nutzen wir die Strukturen?

Trotz dieser strukturellen Beharrungsprozesse tun sich immer wieder kleine Nischen für Chancen der Einflussnahme auf, die genutzt werden sollten — sozusagen realpolitisch. Z.B. bei Veränderungen in kommunalen Verwaltungen oder hier in Baden-Württemberg durch die Neuzusammensetzung der Landesregierung ergeben sich kleine Öffnungen der bisher eingefahrenen Verfahren, die beispielsweise genutzt werden könnten für das nachdrückliche Einfordern der Konzipierung und Umsetzung einer weiterreichenden Gleichstellungsstrategie. Mit einer solchen Strategie, die im Koalitionsvertrag verankert ist, besteht eine Chance, fachliche und politische Inhalte einzubringen und notwendige strukturelle Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. Auch wenn damit vermutlich keine Transformation der Geschlechterverhältnisse zu erwarten ist, so sind hier Handlungsmöglichkeiten gegeben, die Synergien ermöglichen: zwischen Aktivist*innen, Expert*innen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der Politik, Forschung, Praxis und Mitarbeiter*innen in Ministerien, die etwas bewegen möchten.

Versuch eines Resümees

In der Diskussion wurden verschiedene Ebenen in den Blick genommen und es ist sinnvoll zu lernen, diese Ebenen zu unterscheiden. Gemeint ist, *innerhalb* der Bewegungen zu lernen, Zwischentöne zuzulassen, zuzuhören und wegzukommen vom schnellen Polarisieren und Moralisieren. Dies bedeutet zunächst einen Auftrag an uns selbst im Miteinander. Und dabei gilt es zu bedenken, wie anerkennungsbedürftig alle kämpfenden Mitglieder der Gruppen sind. Vertrauen ist in diesem Sinne auch wieder zu rehabilitieren und zu politisieren. Und zum zweiten konnten wir erkennen, wie wichtig Räume der Auseinandersetzung und Klärung sind im Hinblick darauf, was wir wollen; in denen es darum geht, Widersprüche genauer anzusehen, statt sie zu diskreditieren. Und zum dritten erkennen wir den Bedarf an *Außenräumen*, in denen wir eine neue Bündnispolitik praktizieren können, oder eine, die es schon gibt, weiterentwickeln. Das sind Räume, in denen wir die internen Klärungen ruhen lassen, und themenbezogen zusammen für ein bestimmtes Anliegen kämpfen und uns damit überhaupt wieder eine Chance geben, nach außen wirksam zu werden.

Das Thema des im Anschluss folgenden Vortrags von Bini Adamczak *„Beziehungsweise Solidarität"* knüpfte somit passgenau an die vorangegangenen Überlegungen an.

der Landeszentrale für politische Bildung B-W
Dr. Gerrit Kaschuba
Joanna Fulde
Beate Dörr

Dr. Barbara Stiegler

Dr. Gerrit Kaschuba

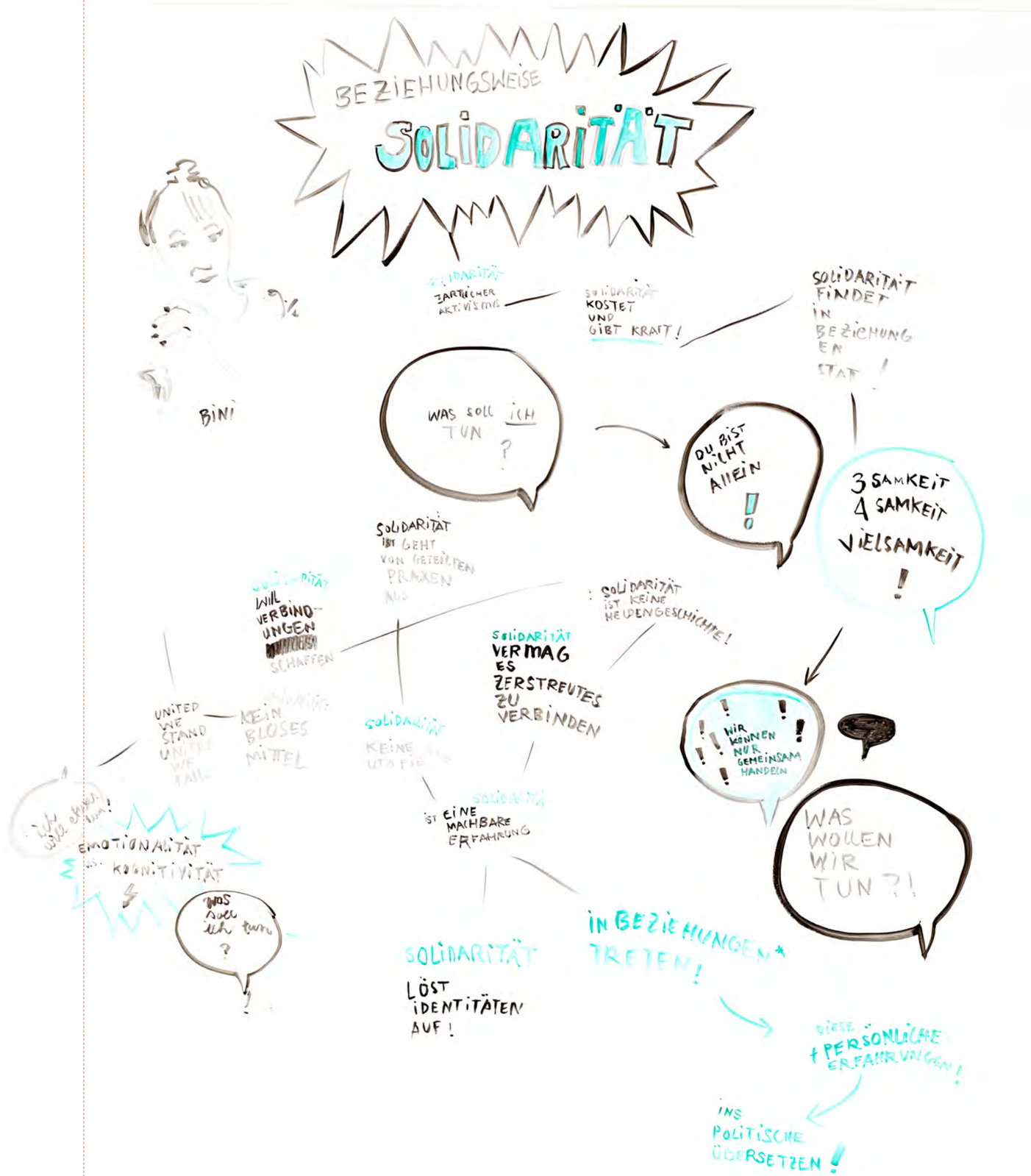
erständigung und Kompromiss
14. -15. Oktober
Bad Urach
Dr. Barbara Stiegler

Forschungsinstitut tifs
Tübinger Institut
für gender- und
diversitätsbewusste
Sozialforschung
und Praxis e.V.

Umfragen
Chat
Reaktionen
Apps
Mehr
Beenden

Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs

BINI ADAMCZAK



… am besten in Gesellschaft

Das Gegenteil von Scheiße ist mit euch — so hat das Missy Magazine einen Text der Autorin und Theatermacherin Simone Dede Ayivi (2019) überschrieben, der mit einigem Recht als Hymne auf linke Solidarität bezeichnet werden kann. Solidarität nicht als Anspruch, Ideal, Programm, sondern als tatsächlich erfahrene, praktisch gelebte, real existierende. Solidarität bei der Besetzung des Hambacher Forsts oder im antifaschistischen Jugendzentrum, bei der Verhinderung einer Zwangsräumung oder im sexistischen Arbeitsalltag, bei der Seenotrettung oder in der Facebook-Gruppe. Ayivi stimmt ein Loblied an, das viel zu selten gehört wird, ein Loblied auf den zärtlichen und kämpferischen Aktivismus, dem Menschen in ihrer begrenzten Lebenszeit nachgehen, obwohl sie es genauso gut bleiben lassen könnten. Aber sie verschweigt auch nicht die Mühen der Solidarität, die Kraft geben, wie Kraft kosten kann. Die zuweilen schwierige und schnelle Entscheidungen abverlangt. So in der Situation einer Polizeikontrolle vor einem Supermarkt, deren Dramaturgie Ayivi präzise rekonstruiert:

> „Zwei Polizisten kontrollieren eine Person. Reden auf sie ein, verhalten sich grob und arrogant und wedeln ihr mit ihren Papieren vor dem Gesicht herum. Als sie versucht, danach zu greifen, ruft einer der Polizisten laut: ‚Hey! So was kannst du vielleicht zu Hause in Afghanistan machen, aber nicht hier bei uns in Deutschland.' Mein Bauch und mein Kopf geraten in solchen Momenten in einen Konflikt, bei dem am Ende nie klar ist, wer eigentlich gewonnen hat: Mein Bauch schickt mir den Impuls durch den Körper, sofort zu reagieren. Zu helfen — irgendwie! — oder wenigstens zu zeigen, dass ich da bin und die Situation mitbekomme. Soll ich den Vorgang filmen? Etwas rufen? Was? Mein Kopf versucht, mir die Gefahren aufzuzeigen. Sobald ich reagiere, kann das auch negative Folgen haben — bevor ich also einschreite, sollte ich zumindest den Ansatz einer Strategie entwickeln […] Ich glaube, ich brauchte etwa vier Sekunden, bis sich etwas in meinem Mund formte, von dem ich heute nicht mehr weiß, was es mal werden sollte. Denn bevor ich sprechen konnte, geschah Folgendes: Person hinter mir: ‚Was sagen Sie denn da?' Person mit Kinderwagen neben mir: ‚Das ist rassistisch!' Person auf dem Fahrrad: ‚So was kannst du vielleicht bei dir zu Hause […] sagen, aber nicht hier bei uns […].'" (Dede Ayivi 2019: 44ff.)

Vielleicht ist die Szene eine Schlüsselszene der Solidarität. Das Entscheidende ereignet sich genau in dem Moment, in dem der innere Monolog, hier zwischen Bauch und Kopf, unterbrochen wird. Dessen Frage — „Was soll ich tun?" — erinnert nicht von ungefähr an die Frage „Was hättest du getan?", mit der die Geschichtspädagogik in Deutschland so gerne operiert. Dabei wird selbst der Nationalsozialismus auf ein individuelles Dilemma von Mut und Märtyrertum reduziert: Das Unrecht und ich. Alle Möglichkeiten von gemeinsamem Widerstand sind aus diesem Bild gelöscht. Die Verantwortung lastet auf dem Individuum. Es ist genau diese neoliberale Vereinzelungsschlaufe, die in dieser Polizeikontrolle von den umstehenden Personen durchbrochen wird. In diesem Sinne ist es nicht völlig gleichgültig, dass die Geschichte in Berlin Kreuzberg spielt, einem Ort, der von einer jahrzehntelangen Tradition erfolgreicher politischer, etwa antirassistischer, Kämpfe geprägt ist. In einer sächsischen oder bayrischen Kleinstadt wäre das gleiche Verhalten der umstehenden Passantinnen etwas unwahrscheinlicher gewesen und damit zugleich noch etwas wundervoller. „Solidarisch ist, wer sagt und es auch meint: Du bist nicht allein!", hat der Philosoph Arndt Pollmann (2006) formuliert. Mit Simone Dede Ayivi lässt sich hinzufügen: „Du bist nicht allein — auch nicht allein mit mir". Solidarität ist kein Verhaltenskodex, dem man individuell folgt, keine Haltung von Helden. Solidarität findet vielmehr in Beziehungen statt, sie ist etwas, das sich *zwischen uns* ereignet. Die eigentliche Lebensatmosphäre der Solidarität, erfahren wir aus dieser Geschichte, bildet nicht die Zweisamkeit von Ich und Du, in der die meisten Ethiken und Moraltheorien beheimatet sind, sondern die Dreisamkeit, Viersamkeit, Vielsamkeit eines ausschweifenderen Zusammenhangs.

… weder Haben noch Sein

La solidarité est notre identité, die Solidarität ist unsere Identität. Das ist der Slogan der Emmaus-Bewegung, einer NGO, deren Ziel die Bekämpfung von Arbeits- und Obdachlosigkeit ist. Sie wurde 1949 von Abbé Pierre gegründet, einem katholischen Priester und Résistance-Kämpfer, der dreißig Jahre lang die Liste der beliebtesten Franzosen anführte. Die Parole klingt gut. Doch Solidarität ist keine Identität. Sie ist nichts, was ‚man hat', nichts, das sich aneignen und behalten ließe. Kein Ausweis, kein Orden, keine Anstecknadel. Sie ist deswegen auch kein Geschenk, zumindest keines, das A an B gäbe und B dann hätte. Solidarität ist kein Eigentum, kein Besitz und keine Charaktereigenschaft. Sie ist nichts, was uns als Individuen zukommt und auch nicht als Gruppen. Das heißt nicht, dass sie flüchtig wäre — ein Ereignis, das in der Zeit auftaucht und unhaltbar wieder verschwinden muss. Sie kann auch stetig sein, verstetigt, fest, verfestigt. Solidarität kann vielleicht, abhängig davon, was hier Institution hieße, auch institutionalisiert sein. Sie ist ebenso wenig auf das Jetzt beschränkt wie auf das Hier, sie kann Distanzen in der Zeit überbrücken wie Distanzen im Raum. Freude über den anhaltenden Erfolg früherer Kämpfe zu empfinden, etwa über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, heißt Nachrichten der Solidarität aus der Vergangenheit zu empfangen. Solidarität kann Stärke geben, ohne Schwäche zu leugnen — oder zu fordern. Sie stiftet keine Union der Unbesiegbaren, aber auch keinen Bund der Besiegten, der nur hält, solange die Niederlage besteht. Kein Staat der Starken, sicher, aber auch keine Organisation der Opfer, die es bleiben wollen. Solidarität kann bedeuten, einen Verlust zu teilen, ihn gemeinsam auszuhalten, aber sie ist hierauf nicht beschränkt. Solidarität kann siegen heißen.

Solidarität schafft keine Identität, aber sie basiert auch nicht auf Identität, verlangt keine vorhergehende Zugehörigkeit. Sie ist vielmehr das, was Identitäten aufbricht, das, was hilft, sie zu überwinden. Solidarität erlaubt, uns anders zu verbinden und somit anders zu handeln, anders zu *sein* als unsere — regionale, geschlechtliche, religiöse, kulturelle — Herkunft es erwartet. Im besten Fall ist sie ist ein Zusammenhalt, der hält, ohne zu fesseln. Eine Politik der Solidarität geht somit nicht von Identitäten aus, auch nicht von differenten, pluralen, sondern eher von geteilten Praxen, Beziehungen, vielleicht gar Organisierungen. Sie fokussiert eher auf das Kraftfeld, das Kräfteverhältnis, die Auseinandersetzung zwischen und weniger auf die Position, das Bekenntnis, die Haltung, die eingenommen wird. So führt sie Konflikte nicht, um einen konfliktfreien Raum (wieder) zu erlangen, sondern sie zielt darauf, Verbindungen zu schaffen, die stabil genug sind, um Konflikte auszuhalten und in ihnen zu vibrieren.

… keine Einbahnstraße

Solidarität erfreut sich heute großer Popularität — im Tagungstitel wie im Demoaufruf — weil sie ein Beziehungsgeschehen ist, das Trennungen überbrücken kann. Sie zielt auf Gleichheit, setzt diese jedoch nicht voraus. Deswegen ist sie eine attraktive Antwort auf die neoliberale Situation der gesellschaftlichen Fragmentierung, der politischen Zerklüftung und sozialen Vereinzelung. Sie vermag es, Verstreutes zusammenzufügen. Nicht zuletzt da, wo Menschen die gleichen Erfahrungen machen, aber nicht gemeinsam, sondern getrennt. Die Aufgabe, diese neoliberale Spaltung zu überwinden, hat sich auch die Berliner Gruppe solA — solidarische Aktion Neukölln — gesetzt, die in der Nachbarschaft Unterstützung organisiert für Auseinandersetzungen mit dem Chef, der Vermieterin, dem Jobcenter. Wo Mietrecht, Lohnzettel, Eingliederungsverträge vereinzeln, will die solA verbinden. Damit zielt sie darauf, die lähmenden Gefühle von Scham und Schuld zu überwinden und den Stress denjenigen zurückgeben, die ihn verursachen (SolA Neukölln 2019). Um jedoch eine solidarische Beziehungsweise zu etablieren, die an die Stelle von Vereinzelung wie Hierarchisierung tritt, reicht es nicht, Unterstützung zu organisieren. Wenn auf der einen Seite politische Aktivistinnen stehen und auf der anderen Seite ‚Betroffene', von denen die einen den anderen kurzfristig oder dauerhaft helfen, droht die Gefahr der Sozialarbeit mit festen Positionen. Die solA begegnet der Gefahr, lediglich eine etwas emanzipatorischere, aber ehrenamtliche Sozialhilfe

anzubieten, mit einer Reihe von Gegenmaßnahmen. Zunächst mit dem Anspruch, keine Stellvertreterinnenpolitik zu betreiben und also keine Probleme anzugehen, von denen niemand der Anwesenden betroffen wäre. Dann mit der Absichtserklärung, die Rollen innerhalb der Gruppe veränderbar zu halten. Zumindest letzteres gestaltet sich in der Praxis schwierig: Wer sich in einer akuten Notsituation befindet, wird den Anspruch, nicht nur „passiv Unterstützung anzunehmen", sondern sich aktiv auf Augenhöhe einzubringen, vielleicht als Überforderung erleben. Die Frage lautet also, ob diejenigen, die Unterstützung erfahren haben, wieder getrennte Wege gehen, wenn sie die Unterstützung nicht mehr brauchen, oder ob sie Teil des solidarischen Netzwerkes bleiben. Für solidarische Politik ist diese Frage von weitreichender Bedeutung, sie lässt sich auch für die antirassistische und die internationalistische Arbeit stellen: Können Unterstützte Unterstützerinnen werden?

... antinationalistisch, universalistisch

Die Corona-Pandemie lehrt uns, wie verletzlich wir sind und wie abhängig voneinander. Und sie lehrt uns, dass wir nur gemeinschaftlich handeln können und solidarisch. So hat es, sinngemäß, Angela Merkel formuliert in ihrer Fernsehansprache im März 2020. Als hätte sie nicht nur eine sozialistische Sozialisation erfahren, sondern auch feministische Philosophie studiert. Wie schade, dass Merkels Erklärung auf den selben Tag fiel, an dem Deutschland die humanitäre Aufnahme von Flüchtenden aussetzte und weitere Abschiebungen erzwang. In ihrer Ansprache bemühte sich Merkel, die globale Pandemie in den imaginären Horizont der Nation zu sperren. Das historische Ausmaß der Seuche wird erkannt, aber es geht um „unser Land". Als wäre die Spanische Grippe spanisch gewesen. Als würden Viren, die sich nicht um den Spalt zwischen Fledermäusen, Gürteltieren und menschlichen Primaten scheren, an eingebildeten Grenzen umkehren. Doch eine Ethik der Verletzlichkeit, die einige der Verletzlichsten ausschließt, lügt. Eine Solidarität, die in die Grenzen und den Dienst der Nation gezwungen werden soll, ist keine.

... auf die Bedingungen gerichtet

Eine solidarische Beziehungsweise erschöpft sich nicht in der mechanischen Wahrnehmung geteilter Interessen. Tatsächlich ist es sogar möglich, Solidarität über getrennte, gar entgegengesetzte Interessen hinweg zu gestalten. Allerdings nicht durch deren Leugnung. Solidarität ist dem Egoismus ebenso fern wie dem Altruismus. Weil sie auf Gleichheit zielt, scheut sie die Hierarchie des Hilfegewährens so wie jene des Aufopferns. In Bremen und Hamburg haben Menschen, die auf Behindertenassistenz angewiesen sind, Genossenschaften gegründet, um sich von der Willkür der Ämter und üblichen Träger zu emanzipieren. Die Genossenschaften stellen Assistentinnen an, die je nach Budget und Stundenlohn für eine bestimmte Zeit Assistenzleistungen verrichten (Neumann 2019). Der Widerspruch der Interessen bezüglich Höhe des Lohns und Länge der Arbeitszeit lässt sich nicht einfach auflösen. Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen zwischen der Genossenschaft der Assistenzbedürftigen und dem Betriebsrat der Assistenzkräfte eher auf Augenhöhe stattfinden als die üblichen Beziehungen in staatlichen und privaten Pflegesystemen. Darüber hinaus verweist aber das geteilte Interesse daran, das zur Verfügung stehende Budget zu erhöhen, auf die Bedingungen, unter denen Care-Beziehungen hier wie dort stattfinden. Ein solidarischer Umgang mit den widersprüchlichen Interessen löst die bestehenden Spannungen nicht einfach auf, er legt vielmehr die Frage nahe, welche Möglichkeiten der Kooperation existieren auf der Grundlage kapitalistischer Konkurrenz, welchen Raum für Sorge es gibt angesichts des ständigen Imperativs zur Effizienz. Das ist die Frage nach einer antikapitalistischen Care-Revolution, die Frage danach also, ob es, um einen solidarischen Umgang in der Nähe zu ermöglichen, nicht auch einer Änderung der ökonomischen Fernbeziehungen bedarf.

... revolutionär

Solidarität ist kein bloßes Mittel, zu dem wir greifen, weil wir gemeinsam nun mal stärker sind. *United we stand, divided we fall*. Sie ist kein Instrument, dessen wir uns bedienen, um unsere individuellen Interessen durchzusetzen und das wir beiseitelegen könnten, sobald wir unsere Absichten verwirklicht haben. Sie ist aber auch keine Utopie, die in weiter Ferne liegt. Solidarität ist nicht einfach ein Ziel, das wir auf eine Fahne oder in ein Programm schreiben könnten, um es dort zu vergessen. In diesem Sinne braucht eine solidarische Beziehungsweise nicht die ungleichen Ausgangssituationen der durch sie Verbundenen zu leugnen, aber sie kann diese Ungleichheit auch nicht als gegebene und bleibende hinnehmen. Als Subcomandante Marcos ein Honorar von 600 US-Dollar, das er für ein Interview erhalten hatte, an die streikenden Arbeiterinnen von Turin spendete, schuf er damit auch eine Erzählung, die sich rasch verbreitete. Die Erzählung handelt von der Komplexität globaler Machtverhältnisse, in der ein mexikanischer Intellektueller besseren Zugang zu Ressourcen haben kann als ein italienischer Beschäftigter bei Fiat. Sie ist zugleich eine Erzählung von Solidarität, in der die Akteurinnen ihre zugewiesenen Plätze verlassen. Die, die Hilfe erhalten, maßen sich an, selbst zu helfen. Etwas Ähnliches geschah während des Arabischen Frühlings, als Demonstrierende in Ägypten sich auf Plakaten mit den streikenden Arbeiterinnen in Wisconsin (USA) solidarisierten, deren Kämpfe selbst wiederum von den Aufständen in Nordafrika und Südeuropa inspiriert waren. Diese Gesten der Ermächtigung erinnern uns daran, dass Solidarität keine karitative Beziehungsweise ist. Sie verträgt sich nicht mit der hierarchischen Einseitigkeit des Paternalismus. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung. Sie ist zugleich ein Verlangen danach, alle Verhältnisse umzustürzen, die ein solidarisches Leben für alle verunmöglichen.

Der Text ist in einer früheren Fassung auch veröffentlicht in: Susemichel, Lea; Kastner, Jens (Hrsg.) 2021: Unbedingte Solidarität, Münster: Unrast.

Literatur

Dede Ayivi, Simone 2019: Das Gegenteil von Scheiße ist mit Euch. In: Missy Magazine 01/19, S. 44ff.

Neumann, Matthias 2019: Solidarität in der Sorge, Sorge in der Solidarität. Vortrag bei der jour fixe initiative berlin, gehalten am 3. März 2019 https://jf.sculptor.uberspace.de/termin/2019/solidaritaet-der-sorge-sorge-der-solidaritaet [Zugriff: 02.06.2020]

Pollmann, Arnd 2006: Sache des Herzens, selten geglückt. In: polar. Politik, Theorie, Alltag 2006, 1, http://www.polar-zeitschrift.de/polar_01.php?id=37#37 [Zugriff: 02.06.2020]

SolA Neukölln 2019: Im Alltag solidarisch sein. Vortrag bei der jour fixe initiative berlin am 24. März 2019 – http://www.jourfixe.net/termin/2019/im-alltag-solidarisch-sein [Zugriff: 02.06.2020]

Anhang: Gleichstellung in Baden-Württemberg weiterdenken und implementieren – Brief an die Landesregierung Baden-Württemberg

Dieser Brief wurde im Anschluss an die Tagung von tifs verfasst. Auf der Tagung fand die Tatsache, dass eine Gleichstellungsstrategie im baden-württembergischen Koalitionsvertrag verankert ist, bei allen Teilnehmenden eine positive Resonanz. Um zum Ausdruck zu bringen, dass die Ausgestaltung dieser Strategie mit Spannung erwartet wird, aber auch die Bereitschaft zum Einbringen fachlicher Expertise vorhanden ist, entschied sich unser Forschungsinstitut, diesen Brief an alle Ministerien zu schreiben. Von vielen bekamen wir eine Antwort, was in den jeweiligen Ressorts bereits getan wird, verbunden mit der Aussage, dass diese Gleichstellungsstrategie begrüßt wird.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Tübingen, den 4.11.2021

Gleichstellung in Baden-Württemberg weiterdenken und implementieren

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

wir, das Tübinger Forschungsinstitut tifs e.V. und Angehörige verschiedener Organisationen, die an einer Tagung unseres Instituts im Oktober 2021 teilnahmen, begrüßen die im Koalitionsvertrag geplante ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg mit dem Ziel der umfassenden Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen.

Auch in unserem Land braucht es — in Anlehnung an die aktuelle EU-Gleichstellungsstrategie — eine solche ressortübergreifende Querschnittsstrategie, die systematisch umgesetzt wird und die Bereiche Wirtschaft, Führungspositionen und Geschlecht, Organisation von Arbeit (insbesondere Care-Arbeit und flexible Arbeitsmodelle), Gewalt, politische Repräsentation und Teilhabe, Soziales, Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Klima, Nachhaltigkeit und Mobilität und nicht zuletzt Digitalisierung umfasst. Eine moderne Gleichstellungspolitik muss heute zudem über die Binarität von Geschlecht hinausgehen und die geschlechtliche Vielfalt berücksichtigen sowie verschiedene Perspektiven in Bezug auf Geschlecht integrieren. Dies bedeutet, Geschlecht verschränkt mit Generation, sozialer Schicht, race, Migrationsgeschichte, sexueller Orientierung und Religionszugehörigkeit im Sinne einer intersektionalen Gleichstellungsstrategie zu denken. Das beinhaltet auch eine Verbindung mit weiteren Strategien wie Integration und Inklusion.

Die Implementierung einer Gleichstellungsstrategie in Baden-Württemberg wurde von den Teilnehmenden der Tagung „Verständigung und Konflikt. Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken“ als wichtige Unterstützung ihrer jeweiligen Arbeit gewertet. Am 14. und 15. Oktober 2021 fand diese Tagung des Tübinger Instituts für gender- und diversitätsbewusste Sozialforschung und Praxis (tifs) in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung in Bad Urach statt. Sie wurde dankenswerter Weise vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert. Die Verständigung zwischen Theorie und Praxis zu Gleichstellungsfragen in einer diversitätsbewussten Perspektive ist unserem Praxisforschungsinstitut seit seiner Gründung 1994 ein zentrales Anliegen (www.tifs.de). Dies spiegelte sich auch in der Zusammensetzung der Teilnehmenden und Referierenden wider.

Die Tagungsteilnehmenden aus der kommunalen und landesweiten Verwaltungs- und Gleichstellungsarbeit, der Mädchen*- und Jungen*arbeit und den dazugehörigen Landesarbeitsgemeinschaften, aus Hochschulen, der LaKoG (Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württembergs), der kirchlichen Erwachsenenbildung, Gewerkschaften und weiteren Nichtregierungsorganisationen diskutierten angeregt durch die Impulse der Referierenden dieser Tagung zentrale aktuelle Themen, die für eine moderne Gleichstellungspolitik unabdingbar sind: Politik bezogen auf Prostitution, Schwangerschaftsabbruch und Gewalt; Sprache und damit verbundene Machtverhältnisse, wie sie in Fragen, wer angesprochen, mitgedacht und auch gehört wird, zum Ausdruck kommen. Es wurden auch Konflikte zwischen Schwarzen und weißen Frauen, queeren Menschen und langjährig gleichstellungspolitisch Aktiven thematisiert und die Notwendigkeit von Bündnissen in Solidarität unterstrichen.

Die verschiedenen Strömungen innerhalb der gleichstellungspolitisch und (queer) feministisch Engagierten in einen Dialog zu bringen, Gleichstellungsthemen als personenbezogene und zugleich hochpolitische Anliegen zu erkennen und Räume dafür zu öffnen, erweist sich als wichtige Voraussetzung, um die aktuellen Herausforderungen einer „Gleichstellungspolitik für alle“ zu bewältigen, die auch für die Landespolitik in Baden-Württemberg von Bedeutung sind. In eine ähnliche Richtung weist auch der Deutsche Frauenrat mit seiner aktuellen Expertise (https://www.gender-blog.de/beitrag/demokratie-empowerment-frauenverbaende), in der die zunehmenden Bedrohungen von rechts benannt werden, die sich im vor allem im Netz durch das Infrage-Stellen der Geschlechterforschung, durch Angriffe auf Vielfaltspädagogik und institutionalisierte Gleichstellungsarbeit äußern.

Eine institutionalisierte ressortübergreifende und progressive Gleichstellungsstrategie braucht materielle und personelle Ressourcen auch innerhalb der Landesverwaltung. Und sie benötigt beratende Expertise von außen aus verschiedenen gleichstellungspolitischen, feministischen Arbeitsfeldern, Verbänden, Vereinen und Initiativen. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, empfiehlt sich nach unserer Erfahrung die Einrichtung eines gleichstellungspolitischen Gremiums, wie dies bereits in früheren Legislaturperioden der Fall war, analog zu derzeitigen Arbeitskreisen zu anderen Themenfeldern der Landespolitik.

Wir sind bereit, einen Beitrag zu einer erfolgreichen modernen Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg zu leisten und können uns — neben vielfältigen anderen Aktivitäten — eine Mitarbeit in einem Gremium wie etwa einem Dialogforum mit dem Fokus auf eine diversitätsbewusste Gleichstellungspolitik für alle vorstellen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung, wie Sie zu der geplanten Gleichstellungsstrategie stehen und welche Schritte Sie diesbezüglich in die Wege leiten werden.

Freundliche Grüße aus Tübingen

Forschungsinstitut tifs e.V.
Ansprechperson: Dr.in Gerrit Kaschuba

Referent*innen

Dr. Barbara Stiegler, Studium Psychologie und Pädagogik, Frauenforschung seit 1976 im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, engagiert bis 1982 im Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis in der Redaktion der „beiträge“, gewerkschaftlich aktiv in Frauenfragen in Gewerkschaften (ÖTV, ver.di). Später Konzeptentwicklung und gleichstellungspolitische Beratung, heute aktiv im Netzwerk GMEI (Gender Mainstreaming Experts International) und in der CEDAW-Allianz. Schwerpunktthemen: Aufwertung von Care-Arbeit, Pflege, institutionelle Mechanismen der Gleichstellungspolitik.

Prof. Dr. Maureen Maisha Auma ist Erziehungswissenschaftlerin und Geschlechterforscherin. Sie ist seit April 2008 Professorin für Kindheit und Differenz (Diversity Studies) an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Aktuell ist sie DiGENet Gastprofessorin, Audre Lorde Chair for Intersectional Diversity Studies, Diversity and Gender Equality Network der Berlin University Alliance (BUA). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Diversität in Bildungsmaterialien in Ost- und Westdeutschland, Sexualpädagogisches Empowerment für Schwarze Menschen und People-of-Color in Deutschland, Kritische Weißseinsforschung, Anti-Blackness, Kindheitsforschung, Intersektionalität im Kontext von Critical Race Theory und Rassismuskritik. Sie ist seit 1993 aktiv bei der Schwarzen feministischen Selbstorganisation Generation Adefra, Schwarze Frauen* in Deutschland.

Jessica Wagner ist Sozialpädagogin (B.A.) und hat sowohl im Bereich Mädchen*arbeit und Mädchen*politik (z.B. LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg) als auch in Projekten der queeren Jugendarbeit (z.B. Queer Future Baden-Württemberg, Türkische Gemeinde Baden-Württemberg) gearbeitet. Aktuell ist sie Projektmitarbeiterin bei der LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg, freiberuflich als Referentin in den Bereichen Mädchen*arbeit, Genderpädagogik und queere Jugendarbeit tätig und Masterstudentin im Studiengang Gender Studies an der Universität Bielefeld. Außerdem ist sie ehrenamtliche Aktivistin bei Queerfeminismus Stuttgart e.V.

Bini Adamczak (Berlin) arbeitet hauptsächlich als Philosophin und Künstlerin. 2017 erhielt sie internationale Aufmerksamkeit als ihr Buch *Communism for Kids* in den USA einen rechten Shitstorm auslöste. Zuletzt erschienen *Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom möglichen Gelingen der Russischen Revolution* in der edition assemblage und *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende* in der edition suhrkamp. Adamczaks Texte sind in über 20 Sprachen übersetzt.

Sanne Pawelzyk absolvierte nach einer Ausbildung zur Erzieherin ein Studium der Bildenden Künste an der Zhdk Hochschule der Künste Zürich, welches sie 2006 als Meisterschülerin von Silvia Bächli an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe abschloss. Zeichnung und kollaborative Praxen bilden den Schwerpunkt ihrer künstlerischen Arbeiten. 2012 gründete sie mit anderen Kulturschaffenden das freie Vermittlungskollektiv *~~fort~~da*. Seit 2018 arbeitet und lehrt Sanne Pawelzyk als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Bildende Kunst der Architekturfakultät am KIT/Karlsruher Institut für Technologie.

Tifs-Aktive

Prof. Dr. Maria Bitzan (Reutlingen) Dipl. päd., war Professorin an der Hochschule Esslingen für Gemeinwesenarbeit und Sozialraumentwicklung. Lange Jahre war sie im Frauencafé eines selbstverwalteten Kultur- und Gastronomiebetriebs aktiv — somit immer an der Verbindung von Sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit tätig. Ein Schwerpunkt von ihr ist Jugendhilfe- und Sozialplanung, auch unter Gender-Gesichtspunkten. Sie leitete im Studiengang Soziale Arbeit den Wahlbereich ‚geschlechterreflexive Soziale Arbeit'. Als Mitbegründerin und Vorständin von tifs war sie u.a. beteiligt an den tifs-Projekten Erhebung zu den Angeboten der Jugendarbeit für LSBTTIQ-Jugendliche in Baden-Württemberg und am Forschungsprojekt ‚WoGe — Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot' und begleitete viele Praxisprojekte der Mädchen- und Frauenarbeit sowie Kommunen bzgl. (geschlechterreflexiver) Jugendarbeit. Unter der theoretischen Perspektive von Konfliktorientierung und Geschlechterreflexion beschäftigt sie sich auch mit Adressat*innenkonstruktionen und methodologischen Forschungsfragen in der Sozialen Arbeit.

Dr.in Gerrit Kaschuba, Diplompädagin, Supervisorin, Mitbegründerin und Geschäftsführerin von tifs, führt wissenschaftliche Untersuchungen und Evaluationen im Bereich Fort- und Weiterbildung, Arbeit, Gesundheit und zu Gender- und Diversitätskompetenz durch und begleitet wissenschaftlich Konzeptentwicklungen sowie Um- und Neuorientierungsprozesse bei Organisationen wie z.B. den Aufbau eines Netzwerks von geflüchteten Medienschaffenden. Weitere Schwerpunkte sind die Begleitung von intersektional angelegten Gender Mainstreaming-Prozessen in Kommunen und weiteren Organisationen. Seit vielen Jahren führt sie Fortbildungen (diversitätsbewusste Gender Trainings, inter-/transkulturelle Trainings) in einer intersektionalen Perspektive z.B. für Führungskräfte, Mentor*innen und Supervisor*innen durch. Die Verbindung von feministischen, gender- und diversitätsbewussten sowie rassismus- bzw. diskriminierungskritischen Perspektiven sind ihr ein wichtiges Anliegen. Netzwerke wie z.B. Gender Mainstreaming Experts International (GMEI) und das Netzwerk Gender Training erlebt sie als inspirierende Quellen für ihre Arbeit.

Sabine Patricia Maier hat Sozialwissenschaften (B.A.) in Düsseldorf und Interdisziplinäre Lateinamerikastudien mit Schwerpunkt Gender Studies (M.A.) in Berlin studiert. Ihr Interesse gilt dabei v.a. lateinamerikanischen Feminismen und Menschenrechtsthemen, insbesondere den Aktivismen gegen Feminizide, wozu sie in Mexiko forschte. Außerdem war sie aktiv in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Bielefeld und der kommunalen Gleichstellungsarbeit in Tübingen. Seit 2020 Mitarbeit im tifs, u.a. in der Forschung zu Gender- und Diversitätsaspekten in der Drogenhilfe mit Fokus auf Crystal Meth. Weitere Schwerpunkte bilden Intersektionalität sowie geschlechtsbezogene Gewalt, wozu sie auch an der Hochschule Esslingen lehrt. Sie träumt von einem selbstverständlicheren Austausch zwischen Theorie und Praxis, jenseits von Disziplinen und über Kontinente und Sprachen hinweg.

Prof. Dr. Barbara Stauber ist Professorin für Erziehungswissenschaft (Sozialpädagogik) am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen, Mitbegründerin des tifs und hat vor Antritt ihrer Professur lange Jahre für tifs und für IRIS e.V. freiberuflich (Praxis-) Forschungsprojekte durchgeführt, einige auch im Kontext europäisch vergleichender Forschung. Schwerpunkte sind Biografische Übergangsforschung, intersektionale Perspektiven mit besonderem Fokus auf Gender und Rassismuskritik, Jugend und junges Erwachsensein, sowie rekonstruktive Forschungsmethodologie. Barbara Stauber ist (zusammen mit Prof. Dr. Andreas Walther, Goethe Universität Frankfurt) Sprecherin des DFG-Graduiertenkollegs „Doing Transitions", das an den Standorten Tübingen und Frankfurt durchgeführt wird. In dem seit 01.01.2017 existierenden Kolleg werden Fragen der Herstellung und Gestaltung von Übergängen im Lebensverlauf sowohl grundlagentheoretisch als auch anhand von unterschiedlichen Lebensalter- und Gegenstandsbezügen verfolgt.

Bettina Staudenmeyer (Jena) hat Soziologie (B.A.) und Gesellschaftstheorie (M.A.) studiert und arbeitet seit 2015 beim Forschungsinstitut tifs. Dort forscht sie u.a. zu Vielfalt von Geschlecht und sexueller Orientierung in der Jugendarbeit und zu Gender- und Diversitätsaspekten in der Sucht- und Wohnungsnotfallhilfe. Darüber hinaus publizierte sie u.a. gemeinsam mit Heinz-Jürgen Voß einen Sammelband zu Sexualität von Männern, forschte an der HS Fulda zu LSBT*-Jugendlichen im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf und publizierte zu Medieninszenierungen im von Frauen* gespielten Fußball. Viele Forschungserfahrungen sind außerdem in ihre Bildungsarbeit eingeflossen (und umgekehrt). Schwerpunkte ihrer Bildungsarbeit sind neben sexualpädagogischen Angeboten für Kinder und Jugendliche Fortbildungen für Fachkräfte aus Jugendarbeit, Schulen und Kitas zu geschlechtersensibler Pädagogik, Vielfalt von Geschlecht und sexueller Orientierung sowie zu Vielfalt in Kinderbüchern.

Appendix

TAGUNG

VERSTÄNDIGUNG UND KONFLIKT

Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken

14.–15.10.2021
in Bad Urach

Derzeit erleben wir in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sei es in Forschung oder in der Praxis und Politik, eine Zunahme antifeministischer Diskurse und Aktivitäten. Gleichzeitig tragen die verschiedenen Debatten um Identitätspolitik zu einer Verunsicherung und darüber hinaus stellenweise auch zu Konflikten in feministischen und gleichstellungspolitischen Kreisen bei (Stichworte wie LSBTIQ, rassismuskritische Positionen etc.). Damit einher geht das Ringen um die Umsetzung einer intersektionalen Perspektive, die vor allem im letzten Jahrzehnt immer stärker wurde und die Anfragen an bisherige Gleichstellungs- und feministische Ansätze stellt. Dazu gehört auch die Frage, wer für wen sprechen darf. Konfliktlinien lassen sich an verschiedenen aktuellen Themen ausmachen wie z.B. Sprache, Bildungsprogramme für Frauen/Mädchen, Kopftuch, Prostitution/Sexarbeit.

Gleichzeitig haben wir es mit einem Generationenwechsel bzw. intergenerativem Arbeiten in vielen Organisationen und Projekten zu tun, die Frage des Wissensmanagements stellt sich neu — jedoch nicht im Sinne einer ‚einfachen' Weitergabe, sondern als Weiterentwicklung unter Bezugnahme auf aktuelle geschlechtertheoretische, -politische und -praktische Entwicklungen. Doch fehlt bislang der Kommunikationsraum für eine übergreifende Auseinandersetzung über diese gesellschaftlichen Phänomene.

Die Fachtagung möchte unterschiedlichen Perspektiven von feministisch und gleichstellungspolitisch Aktiven in Forschung, Praxis und Politik — in Institutionen, Projekten und Bewegungen — einen Raum geben. Mit dem Tag wollen wir die aktuellen Entwicklungen, insbesondere die theoretischen Diskurse und politischen Entwicklungen der letzten Jahre und die sichtbar werdenden Konfliktlinien aufgreifen, aber auch Verständigungsansätze in feministischen und gleichstellungsbezogenen Politiken bewegen.

Mit den Teilnehmer*innen und folgenden Referent*innen wollen wir eine Standortbestimmung vornehmen sowie den Blick nach vorn in Richtung konkreter Handlungsperspektiven lenken:

BINI ADAMCZAK BERLIN
Autorin zu Themen queerfeministischer Politik und Kommunismus

PROF. DR. MAUREEN MAISHA AUMA BERLIN
Erziehungswissenschaftlerin/Geschlechterforscherin, aktiv bei der Schwarzen feministischen Selbstorganisation Generation Adefra, Schwarze Frauen* in Deutschland, Professorin für Kindheit und Differenz (Diversity Studies) an der Hochschule Magdeburg-Stendal

DR.IN BARBARA STIEGLER BONN
Wissenschaftliche Politikberatung, Themen: Care-Arbeit, institutionelle Mechanismen der Gleichstellungspolitik, Mitglied GMEI

JESSICA WAGNER STUTTGART
Bildungsreferentin LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg, Aktivistin Queerfeminismus Stuttgart

Eine Tagung von
Forschungsinstitut tifs

in Kooperation mit
lpb Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

unterstützt durch
Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

TAGUNGSPROGRAMM

DONNERSTAG, 14.10.21

10.30 Uhr
Ankunft und Anmeldung

11.00 Uhr
Begrüßung und inhaltliche Einstimmung
→ Gerrit Bopp, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
→ Bea Dörr, LpB Baden-Württemberg
→ Forschungsinstitut tifs
Vorstellung der Teilnehmer*innen

„Kooperationen in der Gleichstellungspolitik zwischen Erfolg und Kompromiss“ – Input und Diskussion
→ Barbara Stiegler

Mittagessen

14.00 Uhr
„Was braucht ein intersektionaler Feminismus in heutigen Zeiten?“ – Input und Diskussion
→ Maureen Maisha Auma (online)

„Queerfeminismus — Über Streitpunkte, Gemeinsamkeiten und Spannungsfelder von Feminismus und queerem Aktivismus“ – Input und Diskussion
→ Jessica Wagner

Werkstätten
↘
„My body, my choice“ Körper, Lebensformen, Selbstbestimmung
↘
„Can the subaltern speak?“ Sprache, Macht, Repräsentation
↘
„Das Private ist politisch“ Politische Formen und Räume der Artikulation von Interessen

Abendessen

20.00 Uhr
Abendprogramm
„Small talk — big party“

FREITAG, 15.10.21

9.00 Uhr
Warming up
„Verständigung und Konflikt“
Impulse aus den Workshops und Diskussion

„Beziehungsweise Solidarität“ – Input und Diskussion
→ Bini Adamzcak (online)

„Solidarische Debattenkultur in feministischen Politiken — Resümée und Ausblick“
→ mit graphic recording von Sanne Pawelzyk

12.00 Uhr
Mittagessen

Ende der Tagung

TAGUNGSTEAM

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:
→ Bea Dörr

Forschungsinstitut tifs e.V. — Tübinger Institut für gender- und diversitätsbewusste Sozialforschung und Praxis e.V.:
→ Maria Bitzan
→ Gerrit Kaschuba
→ Sabine Maier
→ Barbara Stauber
→ Bettina Staudenmeyer

TAGUNGSINFOS

TERMIN
Donnerstag, 14.10. bis Freitag, 15.10.2021

ZIELGRUPPE
Interessierte aus Forschung, Praxis und Politik

TAGUNGSORT
Haus auf der Alb
Tagungszentrum der LpB
Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Tel: 07125.152-0
www.hausaufderalb.de

KOSTEN
70,- EUR (inkl. Unterkunft/ Verpflegung); erm. 30,- EUR

ANMELDUNG
bis 01.09.2021 per Mail an:
→ **Gordana.Schumann@lpb.bwl.de**

Landeszentrale für politische Bildung
Fachbereich Frauen und Politik
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Tel: 0711.164099-33

SEMINARNUMMER
32/41a/21

HINWEIS:
Die Tagung ist als Präsenzveranstaltung geplant und wird je nach Pandemie-Entwicklung ggf. in hybrider Form umgesetzt. Sie erhalten nach der Anmeldung rechtzeitig vor der Tagung weitere Infos.

© Zeichnungen: Sanne Pawelzy
Layout und Bildbearbeitung: Fanny Kranz